

# Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 10 III, Fernsprecher: Amt Norden 2893 und 2496.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 10 IV, Fernsprecher: Amt Norden 11007 und 11008.

Die „Freiheit“ erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, im Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei halber Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 3 Mark, noch halberhalb (Zustellung unter Streifen) 4 Mark. Bestellungen sind bis auf weiteres ausschließlich an die Expedition zu richten. Für die Belieferung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einzahlung der Bezugsgebühr erforderlich.

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang 1

Mittwoch, den 20. November 1918

Nummer 10

# Die Opfer der Revolution.

## Der Berliner Arbeiterrat.

Gestern fand im Rirkus Busch die erste Sitzung des Berliner Arbeiterrats statt. Den ausführlichen Bericht über diese politisch hochbedeutende Versammlung findet der Leser in der Beilage.

## Amnestie.

Die Reichsregierung hat sich in einer ihrer letzten Sitzungen mit einer Reihe praktischer Fragen beschäftigt, die das politische Ergebnis der Revolution weiterentwickeln und klären sollen. Auf wirtschaftlichem wie auf allgemeinem Gebiet bereitet sie positive Maßnahmen vor.

Amnächst wird in vollkommener Übereinstimmung mit den Ressortvertretern der preussischen und der Reichsjustiz ein neuer, großzügiger Amnestieerlass für Verbrechen und Vergehen von Zivilpersonen und Soldaten den Sieg der Freiheit dokumentieren. Es soll sich nicht nur um einen Straferlass für kleinere Verbrechen handeln, sondern es soll auch im Sinne moderner sozialistischer Gerechtigkeit und Erziehungsauffassung denjenigen, die sich schwer gegen ihre Mitmenschen veranlassen konnten, die Möglichkeit aneben werden, von weiterer Strafe frei zu bleiben, wenn sie fortan das soziale Zusammenleben nicht durch neue Verbrechen gefährden. Damit wird selbst den schwereren Verbrechen, die in den Revolutionstagen freigesetzt wurden, die Möglichkeit weiterer Freiheit gelassen. Sie sollen erst dann wieder zur Strafe herangezogen werden, wenn sie sich in einem bestimmten Zeitraum erneut gegen die notwendigen Sicherungen sozialer Gemeinschaft verzeihen.

## Die Friedenskonferenz.

Das Weiße Haus teilt mit, daß der Präsident sofort nach der Eröffnung des Kongresses, die am 2. Dezember stattfinden wird, nach Frankreich zu reisen beabsichtigt, um an der Beratung über die Regelung der hauptsächlichsten Punkte des Friedensvertrages teilzunehmen. Über die er doch auf jeden Fall zu Rate gezogen werden möchte. Es ist unwahrscheinlich, daß er die ganze Konferenz mitmachen wird. Er wird von den Delegierten, die die Vereinigten Staaten vertreten werden, begleitet werden.

Senator Vorah teilte mit, daß die Vertreter Deutschlands und Österreichs zur Friedenskonferenz zugelassen werden würden und daß alle Verhandlungen zwischen ihnen und den Vertretern der alliierten Regierungen einschließlich der Vereinten Staaten öffentlich geführt werden würden. Nach der in Amerika herrschenden Auffassung bedeutet das, daß Verhandlungen zwischen Deutschland und den Alliierten stattfinden werden und daß der Präzedenzfall aus der Zeit des Vorkrieges, wo den chinesischen Vertretern die Teilnahme an den Verhandlungen verweigert wurde, im Falle Deutschlands nicht gelten werde. Senator Vorah teilte ferner mit, daß bei der Ratifizierung des Friedensvertrages durch den Senat der Vereinigten Staaten von der üblichen Wechselseitigkeit abgesehen werden soll, und daß alle Verhandlungen öffentlich erledigt werden sollen. Diese Mitteilungen haben das größte Interesse erweckt, und es ist bekannt, daß sie die Auffassung des Präsidenten wiedergeben. Man vermutet, daß Amerika und die Alliierten schon einen Beschluß gefaßt haben.

## Die Regierung Polens.

Warschau, 9. November. Das neue polnische Kabinett, das von Pilsudski eingesetzt worden ist, besteht aus Mitgliedern der polnischen sozialdemokratischen Partei und des Bauernbundes. Ministerpräsident ist der ehemalige Mitglied des österreichischen Reichstages, Führer der sozialistischen Partei in Galizien und Leiter des polnischen Gewerkschaftsverbandes Andrzej Moraczewski. Er war

auch hoher österreichischer Eisenbahnbeamter und übernahm ebenfalls das politische Verkehrsamt. Das Kriegsministerium übernahm als Oberbefehlshaber Josef Pilsudski selbst. Minister des Inneren wurde Stanislaw Thugutt, Mitglied der Bauernpartei, ein bekannter Ethnologe und Statistiker. Das Außenministerium erhielt Leon Wasilewski, Mitglied der P. S. D. Verfasser mehrerer Werke über die polnischen Ost- und Westmarken. Weitere hervorragende Persönlichkeiten im neuen Kabinett sind der galizische Bauernführer und Abgeordnete Witwicki und der frühere Duma-Abgeordnete Kocznik. Drei Ministerposten blieben dem preussischen Teilgebiet vorbehalten. Einige Hochministerien sind mit Bürgerlichen besetzt.

## Ein neuer Appell an die Entente.

Den gegnerischen Regierungen ist durch Vermittlung der Schweizerischen und der Holländischen Regierung folgende Note übermittle worden:

Mit jedem weiteren Tag der im Waffenstillstand aufgezwungenen, überleiteten Räumung droht, wenn nicht wirtschaftliche Maßnahmen beachtet werden, die Gefahr katastrophaler Wirkungen nicht nur für Deutschland und insbesondere seine rheinischen Gebiete, sondern vor allem auch für Luxemburg. Die deutsche Regierung bittet daher dringend, wirtschaftliche und eisenbahntechnische Sachverständige schleunigst zur Waffenstillstandskommission nach Brüssel zu entsenden, da sonst wirtschaftliche Schädigungen eintreten könnten, die nachträglich nicht wieder gut zu machen sind.

gez. Sell,  
Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

Die deutsche Regierung hat bereits am 16. November der Entente den Vorschlag gemacht, diese möge sich zunächst mit der Beibringung der in den besetzten Gebieten zurückgelassenen 3000 Lokomotiven und etwa 100 000 Eisenbahnwagen zufriedengeben, da eine gleichzeitige Auslieferung weiterer 2000 Lokomotiven und 50 000 Wagen den Zusammenbruch des deutschen Eisenbahnverkehrs und eine schwere Gefährdung des deutschen Wirtschaftslebens bedeute.

Darauf erwiderte Marshall Foch durch folgenden Antwortspruch:

„Die Frage ist nicht klar. Artikel 7 der Konvention setzt eine Frist von 31 Tagen für die Auslieferung von 5000 Lokomotiven und 150 000 Wagen fest. Diese Frist kann nicht geändert werden. Ich stelle anheim, mir Vorschläge vorzuschlagen, um die völlige Lieferung in der festgesetzten Frist zu erreichen.“

Die deutsche Regierung hat darauf erneut dringend gebeten, eine Milderung dieser Bestimmungen herbeizuführen.

## Eine Explosions-Katastrophe.

Aus Amsterdham wird unter dem 19. November gemeldet: „Telegraaf“ meldet aus Flandern in Belgien, daß dort ein Waggon eines Munitionszuges in Brand geriet und daß bei darauf folgenden Explosionen 800 Menschen um das Leben kamen. Die meisten Opfer sind deutsche Soldaten, aber auch holländische Soldaten wurden getötet. Nach einer anderen Meldung spricht man von 1500 bis 2000 Toten und Verwundeten. In Dordrecht sind ungefähr 150 Tote und Verwundete angekommen. Das Unglück ereignete sich um 11 Uhr abends. Es heißt, daß Kinder in der Nähe der Munitionszüge mit Feuer spielten und dadurch die Explosion verursachten. 600 holländische Soldaten sind zur Hilfeleistung nach Dordrecht abgegangen. Die durch die Explosion angerichtete Verwüstung ist unbeschreiblich.

Ein späterer Bericht schildert das Unglück folgendermaßen: Die Explosion ereignete sich um ungefähr 10 Uhr auf dem Bahnhof, wo ein deutscher Munitionszug stand. Dabei flog ein Waggon mit Granaten in die Luft, deren Splitter auf die Umgebung niederfielen. Die Umgebung des Bahnhofs war ein einziges Trümmermeer. Auf dem Bahnhof standen auch drei Lazarettzüge mit deutschen Verwundeten, die auf den Transport nach Holland warteten. Diese Züge gerieten in Brand. Die Verwundeten flüchteten, soweit sie dazu imstande waren, aber 18 Schwerverwundete kamen in den Flammen um. Ein Lazarettzug konnte rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden, nachdem die brennenden

Wagen des Zuges mit großem Helfenmut abgeknippt worden waren. Er steht jetzt auf dem Bahnhof Dordrecht. Inzwischen ist man des Brandes Herr geworden. Der Anblick der Verwundeten, die über die Grenze kommen, ist unbeschreiblich. Während der Katastrophe wagte sich niemand in die Nähe der Station Dordrecht. Die Zahl der Toten ist noch nicht genau festzustellen, muß aber sehr groß sein. In Dordrecht sind viele Häuser eingestürzt, wobei die Einwohner unter den Trümmern begraben wurden. Ueber die Ursache des Unglücks läßt sich noch nichts Bestimmtes sagen.

## Schuld und Sühne.

Wir müssen Buße tun. 1 800 000 Tote hat Deutschland im Weltkrieg zu beklagen.

Auch uns trifft die Schuld. Auch uns. Wir sonnen uns heute in der Morgenröte der Freiheit, die die Revolution heraufgeführt hat. Wir leben den Tag anbrechen, den Millionen und abermals Millionen heiß ersehnt.

Aber fast zwei Millionen unserer Volksgenossen liegen auf den Schlachtfeldern begraben.

Auch uns trifft die Schuld. Wäre das Proletariat an jenem unglücklichen 4. August 1914 wie ein Mann aufgestanden gegen die Kriegshelden und Kriegshänen, die zwei Millionen Tote bei uns, die Millionen an Toten bei Freund und Feind, sie wären dem wahrhaftigsten Verbrechen, das je die Weltgeschichte sah, nicht zum Opfer gefallen.

Auch uns trifft die Schuld. Mehr als vier Jahre badeten wir in Blut, erstickten in Haß und Rache. Trugen Ketten und Anker. Und waren ein Volk von Knechten.

Und doch kam der Tag, da wir die Fesseln zerbrachen, der Tag, da wir die Tore öffneten, die ins Land der Freiheit führen.

Wir haben wieder aufgemacht, was wir gefaßt. Wir sühnen unsere Schuld.

Die Opfer des Weltkriegs sind gerächt, und nicht umsonst sind sie gestorben. —

Auch die Revolution hat Todesopfer gefordert. Nicht viele zwar. Nicht Gekatomben, die auf dem Altar des Molochs Kapital geopfert sind, nicht die Millionen, die für Lüge und Knechtschaft in den Tod gehen mußten.

Wenig Särge werden sich in dem Gaijn der Märzgefallenen in die Tiefe senken.

Aber es ist kostbares Blut, das vergossen wurde. Die wir heute zu Grabe tragen, sie starben für die Freiheit, für die Zukunft.

Sie starben stark im Glauben, fest in der Treue. Voll Trauer und Schmerz stehen wir an der Bahre.

Aber wenn wir von ihnen scheiden, dann mit der Faust gegen den Feind und mit klarem Blick und erhobener Stirn in ein neues Leben hinein!

Die Toten leben.

Die hier gefallen, werden ewig fortleben, in unserem Gedächtnis, im Gedächtnis der Nachwelt.

Ihre Geister werden uns voranschreiten in dem Siegeszug, den der Sozialismus über die Welt antritt: sie werden mahnen und ermuntern.

Treue um Treue!

Sie waren treu bis in den Tod.

Geloben auch wir es an ihrem offenen Grab!

Nie werden wir verraten, worum sie gekämpft und gelitten. Nie sollen ihre Gräber Anklage gegen uns erheben, daß wir die Fahne verließen, unter der sie bluteten.

Wir werden weiterkämpfen. Wir werden auch zu sterben wissen wie sie. Für die Freiheit, für den Sozialismus!

# 40 Millionen Wahlberechtigte.

Der „Vorwärts“ gibt die Zahl der Wahlberechtigten zur deutschen Nationalversammlung auf 40 Millionen an. Obwohl er selbst hervorhebt, daß deshalb die Aufstellung der Wählerlisten ganz enorme Vorarbeiten erfordert, hält er doch an dem Standpunkt fest, daß die Nationalversammlung im Februar zusammentreten soll. Der „Vorwärts“ stellt dabei von neuem die unwahre Behauptung auf, daß alle Kräfte der Reichsregierung in dem unbedingten Vortreiben der Wahlen zu dieser Zeit stutzig zu lassen, einig seien. Er weiß, daß diese Behauptung unrichtig ist — hat sie doch die Regierung bereits durch das W. L. B. berichtigt. Er besetzt, wie während des ganzen Krieges, so auch jetzt wieder die Taktik, aus schwächlicher Rücksicht auf gewisse Kreise der Bourgeoisie Illusionen zu erwecken, die bald zu Enttäuschungen führen müssen und die Arbeiterschaft, auf die es ein sozialdemokratisches Blatt in erster Linie ankommen sollte, mit Mißtrauen erfüllen. Wir stellen nochmals fest, daß der Termin für die Nationalversammlung vorläufig schon wegen der technischen Schwierigkeiten gar nicht festgesetzt werden kann.

## Eine ungehörliche Drohung.

Reichstagspräsident Fehrenbach hat der Reichsleitung nach Verbreitung mit Parteiführern und dem Mitglieder der Regierung Herrn Ebert nachfolgende Erklärung gegeben:

Zu der am Sonntag, dem 10. November 1918, zur Entgegennahme der Waffenstillstandsbedingungen im Reichstagspalast stattgefundenen Sitzung, an welcher außer sämtlichen Mitgliedern der damaligen Regierung auch Herr Reichspräsident Ebert und ich teilnahmen, habe ich die Frage beantwortet, ob etwa, wie verlautete, die Auflösung des Reichstages geplant sei, und ob dementgegenüber die für den nächsten Mittwoch angelegte Sitzung stattfinden könne. Darauf erklärte der damalige Reichstagspräsident Herr Ebert, daß über eine etwaige Auflösung des Reichstages noch kein Beschluß gefaßt sei, daß aber jedenfalls die angelegte Sitzung nicht abgehalten werden könne. Dagegen konnte ich nach Sachlage eine Einwendung nicht machen. Am 14. November 1918 habe ich jedoch telegraphisch angefragt, ob gegen eine auf die nächste Woche vorgesehene Einberufung des Reichstages Einspruch erhoben und eventuell dagegen Maßnahmen getroffen werden sollen. Ich erhielt die telegraphische Antwort, daß nach Beseitigung des deutschen Kaisertums und des Bundesrats als gesetzgebender Körperschaft auch der Reichstag nicht mehr zusammenzutreten könne.

Diese Anschauung vermag ich weder in ihrem Inhalt noch in ihrer Begründung als zureichend anzuerkennen. Möglicherweise sind die gegenwärtige Lage vorläufig nicht aber, zur Zeit von der Einberufung des Reichstages abzusehen. Ich behalte mir diese jedoch ausdrücklich vor. Es können Beschäftigte eintreten, die sowohl der jetzigen als auch einer künftigen Reichsleitung den Zusammentritt des Reichstages als erwünscht, vielleicht sogar als notwendig erscheinen lassen.

Fehrenbach,  
Präsident des Deutschen Reichstages.

Wir glauben, Herr Fehrenbach irrt in der Beurteilung der politischen Lage ganz gewaltig. Die Reiten dieses Reichstages sind endgültig vorüber. Er wird weder zusammentreten noch Beschlüsse fassen, und Herr Fehrenbach hätte besser getan, nicht erst an die Mitschuldigen des Krieges und der Niederlage zu erinnern.

## Wilhelm Hohenzollern der Hamsterer.

W. C. 16 hat als Mitglied des Berliner Arbeiter- und Soldatenrates das Berliner Schloß Wilhelms einer Besichtigung unterzogen; es sind gar hübsche Dinge dabei aufgefunden. Unsere Patrioten können beruhigt sein, Wilhelm konnte durchhalten. Not und Hunger und Elend wären ihm und seiner Familie erpart geblieben, selbst wenn der Krieg noch ein Jahr und mehr angehalten hätte. Was der Kaiserlichen Privathaltung — also nicht dem Hofstaat — an Lebensmitteln zu Gebote stand, muß selbst die höchstgespannten Erwartungen übertreffen. Hören wir den Bericht des Bevollmächtigten:

„In großen reichhaltigen Kammern stand hier alles, aber auch wirklich alles, was man sich an Lebensmittelvorräten

## Den Namenlosen.

Namenlose, ihr Selben, ihr Wahren,  
Ihr steigt aus dem Dunkel und saget kein Wort.  
Ihr stürmt und risset die anderen fort  
Und fragtet nicht nach Not und Gefahren,  
Und fragtet nicht nach Ruhm und Gelingen,  
Ihr schürtet der Erde läuternde Glut.  
Nun nehmet die junge Freiheit in Euf. . .  
Noch liegt Nacht auf den leuchtenden Schwingen.

Bruno Schönlank.

## Die Geschichte eines Denkmals für die Märzgefallenen.

(1818—1900.)

### Ein Beitrag zur Kulturgeschichte Preußens.

Der Wunsch, den Märzgefallenen des Jahres 1848 ein Denkmal zu errichten, tauchte unmittelbar unter dem Eindruck der ereignisreichen Märztage auf. Das Komitee, das mit der Bestimmung beauftragt wurde, bestand schon unter dem 20. März des Jahres 1848 eine Aufforderung an die Mitbürger, Beiträge für ein Denkmal zu sammeln.

Auch die Grabreden, die von Märzgefallenen gehalten wurden, legen ein Zeugnis davon ab.

So enthält die Grabrede des Bedigens Gebow folgende Worte:

„An dem Denkstein, der diese Stätte zieren wird, welche die Gebeine der Märtyrer unserer Freiheiten und Rechte einschließt, wird eine Seele heiliger Erinnerungen wohnen. Rühmliche Geschlechter sollen zu ihm pilgern, und er wird ihnen von den großen Taten berichten, die Welt der Herr in diesen schweren Zeiten gekostet, und er wird Kindern und Kindeskindern zur Warnung und zur Begeisterung, zu Trost und stolzer Freude von den Leiden und Taten ihrer Väter und Mütter erzählen.“

Ähnlich gerichtet waren die Grabreden des katholischen und jüdischen Geistlichen.

Überhaupt denken kann. Keiner, der sich nicht verbessern, man kann es sich nicht ausdenken, daß nach vierjährigem Krieg noch solche ungeheuren Mengen von Lebensmitteln aufgespeichert sind. Da finden wir Fleisch und Geflügel auf Eis, Saucenmaterial in großen Kisten, Blütenweiches Mehl in Säcken bis an die hohe Decke aufgehängt, Tausende von Eiern, Nierenbassins mit Schmalz, Kaffee, Tee, Schokolade, Gelee und Bonbons jeder Art aufgeschichtet in unendlich schwebelnden Reihen, Hunderte von kleinen Zuckerbüten, Süßfrüchte, Dörrobst, Zwischad usw. usw. Der Wert dieser Vorräte beläuft sich auf mehrere hunderttausend Mark.

Wilhelm will ja angeblich wieder nach Deutschland zurück. Gut, aber man wird ihm nur die rationierten Lebensmittel zuweisen. Wir sind überzeugt, er wird schleunigst wieder den deutschen Staub von seinen Füßen kütteln.

## Der ehemalige Kronprinz.

Amsterdam, 10. November. (Fig. Ver.)

Der ehemalige deutsche Kronprinz, der, wie erinnerlich, nach Limburg in Holland geflüchtet war, dürfte sich genötigt sehen, seinen Wohnsitz abermals zu wechseln. Da er in Limburg mehrfach von belgischen Flüchtlingen bedroht worden ist, wurde ihm nahegelegt, sich auf die sichere Insel Oringen in der Zuidersee zu begeben.

## Häßliche Treibereien.

Die Reaktion hat sich von ihrem ersten Schrecken erholt und laßt jetzt mit allen Mitteln Anschlag an die Volksbewegung zu gewinnen, um sie zu schwächen, zu spalten, und dann für ihre reaktionären Zwecke auszunutzen zu können.

Der Scherz-Vorlog, der von dem Gelde der Arbeiter und Schmarbner ausgeht, wird, dessen Organe früher den schärfsten Sozialismus gepflegt haben, wage es jetzt, sich mit einem neuen Organ „Der freie Soldat“ an die Soldaten und Matrosen heranzumachen. Das ausgehobene Befindet tut so, als hätte es ganz auf dem Boden der großen Revolutionsbewegung, um unter diesem Vorwand eine freie Heere gegen die Träger der Revolution, gegen das sozialistische Proletariat zu treiben. Besonders wird gegen die Unabhängige Sozialdemokratie und die Spartakusgruppe gehetzt.

Wir haben viel zu viel Vertrauen in die politische Reife der revolutionären Arbeiter und Soldaten, als daß wir ein Wort an die Wiederlegung des Gefühls verwenden wollten. Ein Wort der Warnung genügt. Hier eines muß doch gesagt werden: Die infame Hebe, die jetzt gegen Karl Liebknecht betrieben wird, ist geradezu ekelhaft und unserer revolutionären Zeit unannehmlich. Wir sind mit dem politischen Kastraten Viebsrecht in vielen Beziehungen nicht einverstanden, es ist aber ein Skandal, wenn gegen diesen Mann, dessen Charakter unangreifbar ist, dessen Selbstlosigkeit und Aufopferungsfähigkeit keiner Anzweiflung unterliegen kann, Verleumdungen geschleudert werden von Bürgern, die noch nicht wert sind, seine Stiefel zu fassen. Man mag Liebknecht politisch bekämpfen, so scharf und soviel man will, ihn als Anführer von Plünderungen, als Anführer des Großstadteigentums, und wie die Gemeinheiten sonst alle heißen, hinstellen. Ist eine schandliche Verleumdung, deren Verbreitung kein anständiger Mensch ohne schärfsten Protest vorübergehen lassen darf.

## Unruhen in der Ukraine.

Am letzten Abendstunde erhalten wir die Meldung, daß in der Ukraine innere Unruhen ausgebrochen sind, die sich gegen die Herrschaft des Hetmans Skoropadski richten. Aufständische stehen mit den Truppen des Hetmans im Kampfe.

## Ablehnung des Soldatenrats.

An der Zusammenkunft der deutschen Flottenvertreter mit dem englischen Flottenchef Admiral Beatty in Rosyth sollte auch eine Abordnung des Soldatenrats der Hochflotte und der Republik Oldenburg und Ostfriesland teilnehmen. Admiral Beatty lehnte aber jede Verhandlung mit dieser Abordnung ab, da er nicht autorisiert sei, Mitglieder einer Regierung zu empfangen, die von der englischen Regierung nicht anerkannt sei.

Bei den Besprechungen erklärte der Admiral sich u. a. bereit, auf die in Artikel 24 der Waffenstillstandsbedingungen geforderte

Belegung der Offizierswohnungen vorläufig zu verzichten, wenn von deutscher Seite sofort die erforderlichen Räumlichkeiten in der Ostsee in Angriff genommen würden.

## Von den Arbeiterräten.

### Der Dank des Vollzugsrats.

Der Vollzugsrat des Berliner A. und S.-Rates ist außerhande, auf die brüderlichen Grüße, die ihm aus allen Teilen Deutschlands und der Welt zukamen, einzeln zu danken. Er tut dies auf diesem Wege, indem er tief bewegt diese Grüße erwedert.

Für den Vollzugsrat des A. und S.-Rates.  
Rollensbüttel. Müller.

## Soldatenrat und Kriegsministerium.

Der Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte hat den Oberleutnant Walz, Mitglied des Vollzugsrates des Arbeiter- und Soldatenrates, beauftragt, an Stelle des Genossen Jänick die verantwortlichen Begeneichnungen des Kriegsministeriums zu übernehmen. Ihm zur Seite steht ein Ausschuss aus 12 Mitgliedern, der von den Soldatenräten des Garbekorps und des 1. Heeres, Generalkommando 3. Armee Korps gebildet worden ist.

Die Geschäftsräume des Beauftragten befinden sich vorläufig im Abgeordnetenhaus, Zimmer 78-79, wo sämtliche Bänke und Besprechungen der S.-Räte und Truppen entgegengenommen werden zwecks sofortiger prinzipieller Erledigung durch das Kriegsministerium.

## Ein Hauptauschuss für die gesamte Marine.

Die Arbeiter- und Soldatenräte der Marine haben den gemeinsamen Beschluß gefaßt, daß von dem obersten Soldatenrat der Marine der Ostsee- und Nordseeaktion und auf der Niederseite der Hauptauschuss der Marine gebildet wird, der zu militärischen Anordnungen für die Gesamtheit der Marine berechtigt ist. Er hat seinen Sitz in Wilhelmshaven und besteht aus zwei Vertretern des obersten Soldatenrates der Ostsee, zwei Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrates der Nordseeaktionen und einem Vertreter des obersten Marinerrates der Niederseite.

## Ein Buchdruckerat.

Das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker hat mit Zustimmung des Tarifratsbeschlusses beschlossen, zur Regelung des Arbeitsverhältnisses einen besonderen Buchdruckerat zu bilden und zwar aus 5 Prinzipalen, 5 Gehilfen, 1 Hilfsarbeiter und aus den Mitgliedern des Tarifamtes.

Dem Buchdruckerat gehören an Berufsangehörige aus Bayern, Brandenburg, Rheinland-Westfalen, Schlesien, den Thüringischen Staaten und Württemberg. Seine Beschlüsse haben für sämtliche Berufsangehörige verbindliche Kraft.

Für den Übergang zur Friedenswirtschaft wurden u. a. folgende Beschlüsse gefaßt, die vom Tarifamt sofort in Kraft zu setzen sind. Die regelmäßige tägliche Arbeitszeit beträgt ausschließlich der Pausen acht Stunden. Mögliche Einführung von Schichtwechsel. Einhebung regelmäßiger Ueberarbeit. Zurückgeben der Lehrlinge aus der Nacharbeit. Die bisherige Entlohnung bleibt auch bei der kürzeren Arbeitszeit bestehen. Entlohnende Handlöhner erhalten bei täglich achtstündiger Arbeitszeit einen Zuschlag von 10 Prozent auf den Tariflohn, berechnend nach dem Tariflohn auf den Gehaltsausweis.

Während der Kriegszeit eingestellte Ersatzkräfte sind nach Ende der zweijährigen Tätigkeit im Verufe und bei anschließender Beschäftigung mit Gehaltsarbeit wie Gehilfen zu entlohnen. Gelernte Gehilfen dürfen wegen Beschäftigung eingestellter Ersatzkräfte nicht arbeitslos bleiben, und auf Anweisung des Tarifamtes hat die Kündigung und Entlassung von Ersatzkräften zu erfolgen.

Von den militärfrei werdenden Gehilfen sind in jeder Dienstzeit in erster Linie die früher beschäftigten Gehilfen einzustellen. Die Vermittlung von Kriegsbeschädigten, soweit sie selbst noch im Verufe tätig sein können, erfolgt von jetzt ab ebenfalls durch unsere Arbeitsnachweise.

Für alle in diesen Beschlüssen nicht besonders behandelten Angelegenheiten aus dem Arbeitsverhältnis gelten die Vorschriften des Deutschen Buchdruckerartikels.

Am 21. März 1848 erschien dann in der „Vossischen Zeitung“ eine Kundgebung, in der für die Gefallenen eine gemeinsame Ruhestätte auf dem Kreuzberg neben dem Denkmal für die Kämpfer aus den Jahren 1813 und 1816 gefordert wurde, und in der es hieß:

„Aber daß zwischen Bürger und Militär werde dort mit begraben. Ueber ihr gemeinsames Grab erhebe sich der Geist des Friedens und der Liebe und verleihe sich in die Herzen aller Menschen. Eine Friedenssäule ehre ihr Andenken und beseele Mit- und Nachwelt zu edlen Taten.“

Ein Dr. Gengner wollte ein Denkmal errichten ganz in der Nähe des Palais des Prinzen von Preußen, gegenüber der Universität, also zwischen Opernhaus und Bibliothek.

Auch das Regierungsorgan, die „Allgemeine Preussische Zeitung“, stand dem Gedanken eines Denkmals wohlwollend gegenüber. Das Blatt schrieb damals:

„Das Grab bildet ein Quadrat, in welchem die Särge nebeneinander in doppelter Reihe gestellt sind, und umschließt einen freien Raum, der dazu bestimmt ist, das Denkmal der Gefallenen aufzunehmen.“

Unter dem 20. März erließ endlich das Bestattungskomitee einen Aufruf für die Errichtung eines würdigen Denkmals.

„Die Errichtung eines würdigen Denkmals für unsere am 18. und 19. März im Kampfe gefallenen Brüder erscheint uns als eine so große Aufgabe, daß wir vor allem an die öffentliche Meinung appellieren müssen. Gewiß stimmt uns jeder Vaterlandsliebe bei, daß, sowie der Kampf über die Stadtmauer hinweg hinaus, für Preußen, für ganz Deutschland geschrien ist, auch das Denkmal über die Kommunionswiese, sammt Berlin hinaus als ein nationales baldigen muß. Die Größe des Denkmals, die Art der Aufbringung der Säulen, welche seine gewöhnliche Monumentalartigkeit sein darf, dies alles erscheint uns als Rationalangelegenheit, und wir rechnen auf die allgemeinste Zustimmung, wenn wir zur Zeit keine Beschläge machen, sondern unsere Landsteuern anfordern, ihre Bücheln auszugeben und uns mit Not und Tat zu Hilfe zu kommen, den wir gewissenhaft beachten und feinstetig sorgfältig regieren, der Centralausschuss übergeben werden. Wir fordern unsere Landsteuern auf, da, wo der Weg der Öffentlichkeit nicht beliebt wird, Briefe und Vorschläge an uns unter der unterzeichneten Adresse einzuliefern.“

Der Centralausschuss des Bestattungskomitees.

Hobland, Lessold, Veit, Seidel, v. Schomburgk.

Zunehmend sollte es auch damals schon nicht an Streit, die gegen die Errichtung eines Denkmals waren, weil sie in den Märzgefallenen nur die „Kurrevoluter“, „Revolutionäre“ und „Vaterlands-

vertäter“ sahen. Mit welchen Mitteln sie gegen den Gedanken der Denkmalerrichtung wühlten, ist unbekannt geblieben. Jedenfalls hatten sie den Erfolg, daß die Errichtung des Denkmals damals nicht zustande kam. Es kam eine nicht unbeträchtliche Geldsumme zusammen, aber ihre richtige Verwertung unterblieb. Mehrere Jahre ruhen diese Gelder, die damals für das Denkmal in der Bürgerschaft gesammelt waren, unbenutzt beim Gericht bis dieses die vorhandenen 2700 Taler 9 Silbergroschen und 8 Pfennig an den Fiskus abzuliefern und dieser sie der Justizoffizianten-Wilhelms übergab. Das war im Jahre 1855.

Im Jahre 1861 erging eine öffentliche Anfrage, ob der Magistrat die bei ihm zum Zwecke der Verfertigung eines Denkmals deponierte Summe nicht zur Rekonstruktion der Graber verwenden sollte. Der Magistrat antwortete nicht, weil er nicht antworten konnte. Die Geschichte von den tausend Talern kam überhaupt erst wieder an die Tagesordnung infolge einer Anfrage des Denkmalkomitees von 1896. Auf diese Anfrage hin ließ der Magistrat nachsehen und fand, daß das Geld dahin war.

So ruhte die Frage der Errichtung eines Denkmals für die Märzgefallenen bis zum Jahre 1896. Ich habe damals zusammen mit meinem verstorbenen Freunde Heinz Reiter nach einem Vortrag, den ich im Arbeiterverein gehalten, ein Komitee zur Errichtung eines Denkmals für die Märzgefallenen aus Anlaß der Wiederkehr des 50. Jubiläum der Märzrevolution gegründet. Dem Komitee traten eine große Zahl von Männern aller demokratischen Parteien bei. Wir erließen einen Aufruf zum Zwecke einer Sammlung. Zu den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung richteten wir unter dem 17. und 18. März 1897 zwei Schreiben, die die Denkmalsfrage und den Fonds über die 3000 Taler betrafen.

Auf keines dieser Schreiben hat der Berliner Magistrat geantwortet. Inzwischen gewann die Idee zur Errichtung eines Denkmals für die Märzgefallenen aber wieder immer größere Sympathien und besonders aus Amerika von den Männern, die bei der Reaktion der fünfziger Jahre den Staub ihres Vaterlandes von den Hüften geschüttelt hatten und über das große Meer gegogen waren, Helden Sympathieausdrückungen und Geldmittel beim Denkmalkomitee ein.

Im Dezember des Jahres 1897 beschloß sich die „Preussische Deputation“ unter dem Vorst. des Oberbürgermeisters Jelle, mit der Frage der Errichtung eines Denkmals für die Märzgefallenen. Es wurde anerkannt, daß die

# Groß-Berlin.

## Aus der Berliner Revolutionsgeschichte.

18. März 1848. Das Volk hatte gesiegt. Die Soldaten zogen aus der Stadt hinaus. Die Regierung hätte alle Forderungen bewilligt, die auch gestellt worden wären. Aber auf Seiten der Sieger war man sich über die ganze Lage zu wenig klar, zu wenig zielbewusst; es fehlten bestimmte revolutionäre Grundriss. Daher blieb man auf halbem Wege stehen. Am 19. März zog die Bevölkerung des Schlosses zum Schloß, es wurde Volkswaffnung verlangt.

Zwischen zwei und drei Uhr fand eine erschütternde Szene statt, die Totenparade des Volkes. Es war ein Akt, der an Tragik alles überbot, was jemals von einer Künstlerphantasie erdacht werden konnte. Augenzeugen schilderten den Vorgang wie folgt:

Von allen Seiten zogen durch die Portale des Schlosses die Barrikadenkämpfer herein — pulvergeschwärt, mit wilden, erschrockenen Gesichtern. Auf den Schultern trugen sie die Leiden der gefallenen Brüder, deren Wunden zu gräßlicher Schau sie offen gelegt, deren blutige Stirnen im Vorüberziehen von Frauenhänden mit Amortellen und Borbeer geschmückt worden waren. Die Volksmenge, zwischen welcher sie hindurchschritten, stand lautlos; erschreckt nahm ein jeder den Gut ab, die Lippen bebten, in den Augen zitterten Tränen. Nur die festen Schritte der Träger hallten in dem Schloßhof wider. Von Zeit zu Zeit wurde der Name eines Gefallenen von den Trägern ausgerufen, man hörte nähere Angaben: „Ein Familienvater von fünf unermöglichten Kindern.“ — „Auf der Barrikade am Köpenicker Parkhaus niederkam.“ — „Ohne Wunden niedergestochen, nachdem er sich ergeben hatte.“ — „Eine Witwe, Mutter von sieben Waisen.“ — „Fünfundzwanzig Jahre alt, an meiner Seite niedergeschossen, mein einziger Sohn.“ —

Es war ein unheimlicher Anblick, welcher in den entlegensten Teilen der Stadt das Volk ohne irgendwelche Verabredung veranlaßte, die Toten nach dem Schloßhof zu bringen. Schon hatte sich der innere Hof, aus welchem die Wendeltreppe zu den königlichen Gemächern führt, mit Bahren und blutigen Leiden gefüllt, als das Volk nach dem Hofe zu rufen begann. Der Fürst Kinsky, der nach dem Kampfe mit einigen Barrikadenmännern fraternisiert hatte, verfluchte es, seinen „guten Freunden“ zu bedeuten, daß es Majestät sich zurückgezogen habe und daß man ihm einige Ruhe gönnen möge.

„Aber der Ruf: „Der König soll kommen!“ erscholl mit verzehnfachter Gewalt, daß die Schloßthür davon erzitterte. Schon nahmen die Träger die Leiden wieder auf und schickten sich an, dieselben die Wendeltreppe hinauf in die königlichen Gemächer zu tragen — da erschienen oben auf der Treppe die Grafen Arnim und Schöner, um das Volk zu beschwichtigen; sie vermochten aber nicht, gegen die höher und höher schwellende Wut auszukommen. „Der König, er soll kommen!“ riefen und drohten es immer drohender.

Da trat auf die offene Galerie heraus der tiefgedenkte Monarch, an seinem Arme die vor Angst und Entsetzen bleiche Königin. „Gut so!“ rief er zu ihm hinauf. Er entblühte das Haupt. Die Träger nahmen die blutigen Leiden wieder auf, sie hoben die Bahren hoch zu dem König hinauf unter dem kaiserlichen Ruf der Männer und dem Wehklagen der Frauen: „Gib uns unsere Brüder wieder! Unsere Väter, unsere Söhne, unsere Männer gib uns wieder!“

In langer Beklemmung standen der König und die Königin da, achrohen, ademüthig. Der königliche Purpur war in den Staub getreten, mit dem Blute des Volkes besetzt. Als Anzeichen stand der Fürst vor dem Volke — und er fühlte sich moralisch gerichtet. Das Volk gab sich damit zufrieden, es trauerte nur, es sang den Choral: „Jesus, meine Zuversicht.“

Entschlossen hörte der König dem Trauergeflänge an, dann kehrte er in seine Gemächer zurück und die Träger verließen mit den Oberen des „Ritterständnisses“ den Hof.

Die Zahl der toten Volksmänner wird von glaubhaften Zeitgenossen auf 400 bis 500 geschätzt. Das Massenrab im Friedrichshain birgt nur den kleinsten Teil der Leiden; die meisten sind von den Angehörigen selbst bestattet worden;

viele starben erst nach längerer Zeit an den erlittenen Wunden. Am 26. März war ganz Berlin in Trauer gebüllt. Schwarze Fahnen wehten von den Türmen, von den Gängen des Schlosses! Trauerflor lag man überall aus den Fenstern hängen, mit Trauerflor waren die Hüfte der Frauen, die Hüfte der Männer, die Arme der Unablässigen umwunden, die zu dem Totenfest herbeiströmten. Auf einer Straße standen die bekrännten Särgen der Gefallenen, fast zweihundert an der Zahl.

In feierlichen Märschen begannen von allen Türmen die Glocken zu läuten — dieselben Glocken, die in der Barrikadennacht den Schlachtruf heulten.

Ein Zug, wie ihn die Stadt nimmer sah, setzte sich in Bewegung. Auf den Schultern der Bürger wurden die Komposten hinaufgetragen. Mehr als zwanzigtausend Menschen gaben ihnen das Geleit. Im Friedrichshain war von den Kampfgenoßen ein großes Bierdahl ausgestellt. Dort in der Grube setzte man die Särgen nieder, Gemahrläden frockten. Und am Grabe seines Märtyrers stand mit aufrechten Lippen, mit feuchten Augen ein ganzer Volk!

So weit die Schilderung. Heute sind die Nachhaber fortgesetzt. So leicht läßt sich das Volk nicht mehr abtreiben wie damals. Aber es muß Wacht halten und auf dem Posten sein, um den Endkampf auszukämpfen. Und seiner Freiheitsliebe wird das Volk immer ehrend gedenken.

## Die Opfer der Revolution

Sind jetzt bis auf einen noch unbekanntem Matrosen einwandfrei festgestellt worden. Die Nachforschungen des Leichenhauhauses haben ergeben, daß insgesamt 15 Personen einschließlich der Soldaten bei der Umwälzung und den Zusammenstößen ihr Leben haben lassen müssen. Die genaue Feststellung war deshalb so schwierig, weil einzelne Teile von ihren Angehörigen gleich auf dem Friedhof ihrer Gemeinde beerdigt worden waren, ohne der zuständigen Stelle von ihrem Wichen Meldung zu machen. Es werden daher bei der heutigen gemeinsamen Deposition der Revolutionäre nicht alle Opfer beerdigt werden.

Die Namen der gefallenen Revolutionäre sind folgende: Monsieur Franz Schöner, Landberger Straße 87, Gastwirt Richard Glitz, Weiger Straße 84, und Werkzeugmacher Erich Habersaat, Graunstraße 40, gefallen bei den Kämpfen in der Hausseebrücke.

Sattler Karl Steingruber, Reuberstraße 29 und Arbeiterin Charlotte Regel, Vogtstraße 7, gefallen bei den Kämpfen am Alexanderplatz. Gasarbeiter Otto Mai, Tegel, Hermsdorfer Straße 8 und der Schüler Fritz Witzke, 13 Jahre alt, Kobaltstraße 14, gefallen bei den Kämpfen in der Eichenborffstraße;

anßerdem erlagen ihnen Verwundungen in den Krankenhäusern: Werkzeugmeister Otto Benz, Hugostraße 75, Schlichter Josef Blaschinski, Kopenstraße 70, ein Russe, Maschinenführer Walter Kaminski, Kaufmannführer - Gef. - Nr. 11.

Soldat Karl Liel, Kriegsvorbereitung, Kraftfahrer Sprenger, Kraftfahrzeugleitung 13, Leutnant Pömann, Straße Paula Platz, Diniensstraße 217 und der noch unbekannt Matrose.

Bereits beerdigt worden sind von diesen der H. Bömann, der Monsieur Schöner, der Sattler Steingruber, der Werkmeister Wenzel, der Schüler Witzke und der Russe Blaschinski.

Genossen, welche bei dem heute stattfindenden Begräbnis der in den Revolutionstagen Gefallenen die Tätigkeit von Odnern übernehmen wollen, mögen sich heute 9 1/2 Uhr früh in Gabels Brauerei, Bergmannstraße, melden.

## Beschränkung des Straßenbahnverkehrs am heutigen Mittwoch.

Aus Anlaß der nach der Trauerfeier auf dem Tempelhofer Felde stattfindenden Überführung der Särge der Gefallenen nach dem Friedhof Friedrichshain wird der Straßenbahnverkehr, soweit er die von dem Leichenguge zu passierenden Straßenzüge und Plätze — Gelle-Alleee-Straße, Königgräber Straße, Potsdamer Platz, Rudolfer Straße, Brandenburger Tor, Unter den Linden, Schloßfreiheit, Schloßplatz, Königstraße, Alexanderplatz, Landberger Straße, Landberger Allee — in der Längsrichtung be-

trieben, von 12 1/2 mittags an eingestellt werden. Der Querverkehr wird indes bis zum Aben des Juges gestattet. Der übrige Bahnverkehr unterliegt der Einschränkung, daß die Wagen erst nach Annäherung des Juges in die nächsten Querverfahren abgestellt werden. Die Bürgerseige werden für die Bevölkerung freigegeben. Es muß aber erwartet werden, daß den Anordnungen der Odnern und der Soldaten unbedingte Folge gegeben und überall eine dem Geiste der Beschältsse entsprechende würdige Haltung gewahrt wird.

Aufnahme von Heimkehrenden Kriegern. Der Magistrat teilt über die Vergabe von Bürgerquartieren folgendes mit: Zunächst ist eine freiwillige Beherbergung der heimkehrenden Krieger durch die Bürgerschaft von Berlin geplant. Dies bedeutet jedoch nicht, daß die Aufnahme ohne Entgelt erfolgen soll; vielmehr werden auf Wunsch jedes Quartiergebers 2 Mark pro Kopf und Tag Quartiergeh von der Stadtverwaltung gezahlt werden. Ein Zwang zur Beherbergung soll nicht bestehen. Die Einquartieren werden in der künftigen Volkshilfe verpflegt werden. Hier ist vor allem für die Verabfolgung des Nahrung- und Wundens der Einquartierten hinreichende Vorsorge getroffen worden. Nur die Verabfolgung des ersten Frühstücks im Bürgerquartier wäre erwünscht. Die hierfür erforderlichen Beizahlen werden seitens der Stadtverwaltung zur Verfügung gestellt werden. — Endlich wird ausdrücklich betont, daß aus gesundheitlichen Gründen nur solche Personen bei der Berliner Bürgerschaft einquartiert werden sollen, die ärztlich untersucht und entlassen worden sind.

Der Magistrat spricht nochmals die bestimmte Erwartung aus, daß jeder Bürger seine Bereitschaft bis zur äußersten Grenze seines Möglichen erklärt, damit eine Zwangseinquartierung nicht erforderlich wird.

Berliner Sparkasse. Infolge der Geldknappheit und der kräftigen inneren Lage hatte die Berliner Sparkasse in der ersten Hälfte des Monats erhebliche Abflüsse an Sparanlagen zu verzeichnen. Sie hat aber ausnahmslos alle zurückgeforderten Beträge in jeder Höhe, unter Verzicht auf die fälliggewordene Kündigung, ausgezahlt. Seit einigen Tagen ist eine Verminderung eingetreten.

Tarifverhältnisse bei dem Pferde-Omnibus. Der Tarif der Pferdeomnibuslinien, der für die Teilstrecke 7 1/2 und für die ganze Strecke 10 Pf. beträgt, ist seit Herbst 1918 nicht erhöht worden. Die Kosten des Pferdebetriebes sind aber inzwischen ganz bedeutend gestiegen. Die Behörden haben daher gestimmt, daß, solange die infolge des Krieges besonders schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse im Omnibusbetriebe fortbestehen, die Fahrpreise für die Teilstrecke auf 12 1/2 und für die ganze Strecke auf 20 Pf. erhöht werden. Die Erhöhung soll bei Wiedereintritt geordneter Verhältnisse einer erneuten Prüfung unterzogen werden.

Waffenverteilung. In der Zeit bis Freitag, den 22. November 1918 wird an diejenigen Kunden, die in den Speisekettentüchlein der in den Bezirken der 24. bis 42., 62. und 197. Wertschmission gelagerten Geschäfte (Wollwaren, Bekleidungsstoffe) eingetragen sind, pro Kopf 125 Gramm Rufe verteilt in denjenigen Geschäften, die durch ein Aushängeschild: „Verlauf von Rufe der Zeitschrift Groß-Berlin“ gekennzeichnet sind.

Kriegshinterlassene werden gewarnt, sich an Persönlichkeiten zu wenden, die sich bezahlen lassen. Unentgeltliche Hilfe in allen Renten- und Unterstützungsfragen wird bei den zuständigen Vorständen und in der Hauptgeschäftsstelle der Kriegshinterbliebenenfürsorge, Poststr. 5, erteilt.

Schumannssterbe sind am 9. November abhanden gekommen; es fehlen noch fünf, deren Rationale bekannt ist. Am 1. Dezember sollen diese Reste beigebracht und abgeliefert werden. Straffreiheit wird ausdrücklich zugesichert.

Die Soldaten und Jünger, die auf dem Boden der U. S. P. stehen und sich bereit erklärt haben, mitzuwirken, werden gebeten, am Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, auf dem Vorleibureau, Schiffbauerdamm 21, 2. Hof, 4 Treppen, sich einzufinden.

Charlottenburg. Am Mittwoch, 20. November, nachmittags 4 Uhr, findet eine von der U. S. P. Charlottenburg einberufene große öffentliche Volkssammlung im Volkshaus Charlottenburg, Poststr. 4, statt. Tagesordnung: „Unseren Toten den letzten Gruß“, ein Denkmal für die Helden der Revolution im Friedrichshain. Referent: Gen. Dr. Hesse.

Niederbarnumbe. Am Mittwoch, 20. November 1918, abends 6 Uhr: Versammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins (U. S. P. D.) im Lokal von Bengel, Weigerstr. 17. Gäste und alle auf dem Boden des Sozialismus stehende Personen willkommen.

Kirchhof im Friedrichshain verwohrt sei, daß er anständig hergerichtet und daß die Gräber instand gesetzt werden müssen. Zu diesem Zweck wurde beantragt, ein schmiedeeisernes Gitter mit schrägem Portal aufzustellen und die Gräber instand setzen zu lassen, von der Errichtung eines Denkmalens aber abzusehen; in Regierungsstellen würde das als eine „politische Demonstration“ angesehen werden, was zu vermeiden sei. Es wurde schließlich einstimmig beschlossen, den Gemeindevorstand zu empfehlen, den Margaretenhof instand zu setzen und ihn mit einem eisernen Gitter und Portal versehen zu lassen. In einer zweiten Abstimmung wurde der Antrag, der Inschrift 5 zuzufügen: „geweiht von der Stadt Berlin“ mit 7 gegen 7 Stimmen (der Vorsitzende, Herr Hesse, gab den Ausschlag) abgelehnt.

Am 20. Dezember 1907 gelangte diese Angelegenheit vor die Stadtverordnetenversammlung. Diese beschloß, nach freilichlichen Reden der Herren Dr. Langemann, Singer und Dr. Kaumann, die in Anwesenheit der Reichstags- und gemäßigten Deputation entsprechende Magistratsvorlage, wonach 6500 Mark zu Gitter und Portal bewilligt werden sollten, anzunehmen mit der Maßgabe, daß auf ein Gitterstein mit der Inschrift „Den Gefallenen vom 18. März 1848 die Stadt Berlin“ erachtet werde. Dieser Beschluß wurde mit 77 gegen 18 Stimmen gefaßt.

Er erregte den heftigsten Unwillen der gesamten reaktionären Presse. Ob aus dieser Umhand oder die Einwirkung „höherer Mächte“ beim Magistrat im Spiel waren, ist unbekannt geblieben; tatsächlich lehnte der Magistrat den Beitritt zu dem Beschluß der Stadtverordneten ab. Am 4. Februar 1908, als die Stadtverordneten ihre Behauern über jene Stellungnahme ausdrückten, erklärte Herr Hesse:

„Der Magistrat hat oft genug gezeigt, wie gern er den Wünschen der Versammlung nachgibt. Diesmal muß er bezaubern, der Versammlung nicht zu Willen sein zu können, er hat aber die triftigsten Gründe dafür gehabt.“

Den Stadtverordneten blieb nichts weiter als eine Protestklärung übrig, die im Februar 1908 ohne jede Debatte angenommen wurde.

Der Kampf um die Errichtung eines Denkmals führte schließlich zum Austritt des Oberbürgermeisters Hesse. Am 6. März 1908 verkündete er in der Magistrats-Sitzung seinen Entschluß, von der Leitung der Berliner Verwaltung zurückzutreten. Am 23. Juli wählten daraufhin die Stadtverordneten Herrn

Kirchner zum Nachfolger Hesses. Man weiß: Herr Kirchner mußte auf seine Bestätigung lange warten. Auch hier war die Errichtung der Margaretenhof die tiefere Ursache. Das Gitter und das Portal versperrten ihm zunächst den Zutritt. Dabei spielte noch mit, daß die Stadtverordneten am 17. März 1908 beschlossen hatten, die Gefallenen durch eine Kranzniederlegung zu ehren, daß der Minister Herr v. Könenig auch gegen diesen Beschluß durch den Oberbürgermeister hatte Einspruch erheben lassen und daß die Stadtverordneten darauf gegen die Verhinderung der Ausführung dieses Beschlusses durch den Magistrat Klage erhoben hatten. Das Oberverwaltungsgericht entschied gegen die Stadtverordneten und für den Magistrat, indem es geltend machte, daß es sich bei der Kranzniederlegung um eine „Verherrlichung der Revolution“ gehandelt haben würde und daß die Angelegenheit keinen rein lokalen Charakter gehabt hätte.

Das Denkmalkomitee versuchte es noch einmal, weiterzukommen, indem es bei der Stadt beantragte, ihm auf dem Friedhof der Margaretenhof eine Stelle zu überlassen, um darauf aus eigenen Mitteln einen Gedenkstein errichten zu können. Das Komitee wurde abschlägig beschieden: „Portal und Gitter“ waren schon vorher abgelehnt worden durch eine Weisung des Herrn Ministers v. d. Rede an den Berliner Polizeipräsidenten, die hauptsächlich die Verhinderung der Margaretenhof vorlag. Begreiflicherweise und Unverständnis, die dagegen angebracht wurden, brachten dem Herrn Siegel auf. Der Erlaß des Ministers erhielt damals Rechtskraft.

Eine neue Zeit ist angebrochen. Neben den Toten von 1848 werden jetzt die Helden der Novemberrevolution von 1918 ruhen. Ein gemeinschaftliches Denkmal wird nun selber Großstädten zu schenken haben. Ein Wahrzeichen der freien Revolution.

Man darf wohl hoffen, daß schon die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zu einem Antrag auf Errichtung eines Denkmals für die Opfer der Revolution Stellung nimmt, und daß schließlich dafür gesorgt wird, den Friedhof in einen würdigen Zustand zu setzen.

Auf sein Oberbürgermeister, sein Oberpräsident soll es ferner mehr wegen dazun, sich einer solchen Forderung des Volkes zu widersetzen.

Streif der Schauspieler? Zu der von dem geschäftlichen Leiter der Volkshäuser abgegebenen Erklärung, daß die Volks-

häuser nicht im vollen Umfang die von den übrigen Bühnenleitern gemachten Zugeständnisse an die Schauspielerei bewilligen könne, wird uns als Vorgehensweise mitgeteilt:

Die Volkshäuser ist im Gegensatz zu den meisten anderen in Betracht kommenden Theatern kein gemeinnütziges Unternehmen, sondern eine gemeinnützige Einrichtung, und es ist bei ihr der bedeutende Gewinn der früheren Kriegsjahre, auf die sich die Schauspielerei berufen, vollkommen frei. Da die Volkshäuser außerdem erst seit dem 1. September d. J. wieder ein Ensemble besitzt, sind die Wagen von vornherein auf den Kriegszustand bemessen und nicht in dem gleichen Maße wie die früher geschlossenen Beiträge ausbekehrungsbedürftig. Die Volkshäuser ist selbstverständlich bereit, die Forderung der Wundspitze anzunehmen, findet sich aber in der Möglichkeit, auch die größeren Wagen zu liefern, begrenzt durch das Interesse der Mitglieder, deren Beiträge nicht in der Art einfacher Wundspitze zu steigen sind. Trotzdem ist die Volkshäuser bereit, in den Grenzen ihrer Einkommensmöglichkeit auch eine Selbsterhaltung geheimer Wagen in Betracht zu ziehen.“

Renovierungen des Berliner Museums. Das Kaiser-Friedrich-Museum hat schon für seine Sammlung von Münzen mehrere Räume erworben gemacht. Eine eiserne Wandstülpe auf dem alten Lindenholz, um 1500. Die Fassade einer heiligen Barbara, ebenfalls Lindenholz, bemalt und verguldet, ein mittelalterliches Werk, um 1400, und eine weltliche Brunnenstülpe aus Bronze aus der Raraburger Werkstatt der Wälder. Alles sind Geschenke für das Museum. Für die Restaurierung konnte mit Hilfe einer größeren Schenkung die umfangreiche und sehr wertvolle archaische Fundstülpe des verstorbenen Direktors Dr. Kinneloff erworben werden.

## Nachdenkliches.

Ob ein Mühsamer da, so ist ein anderer da, der über seine Kräfte arbeiten muß. Ob ein Ueberfälliger da, so ist ein anderer da, der hungert.

Die Bienen finden den Trohnen die Flügel ab, damit sie ihrer Arbeit frucht, den König nicht stellen. Nun ist an auch ihre Trohnen, die Reide gekommen. — auch wir haben auch die Flügel gefaßt, damit sie unserer Arbeit Wohl nicht ist.

Korndarm.

# Mehr Schutz den Arbeitern.

Von S. N. d. e. L.

Der erste Anlauf der Revolution warf die alte Provingura des Militär- und Polizeistaates über den Gaumen. Die Sozialdemokratie ist im Besitze der politischen Macht, und mit der politischen Macht entfällt den Kapitalgebern die Kraft, sich wie bisher allen wichtigen wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter zu widersetzen. Die „Lerren im Hause“ stiegen deshalb herunter zu den noch vor wenigen Wochen so hochmütig behandelten Gewerkschaftsführern und bewilligten Forderungen, wie den achtstündigen Arbeitstag, die sie sonst höhnisch lächelnd oder entrüstet mit einer Sandkornregnung abgewiesen haben. Die von der Unabkömmlichen Sozialdemokratie schon längst ersehnte „Unordnung“ und „Unruhe“ der Revolution entwand den Kapitalisten ihr schärfstes Schwert: den politischen Herrschaftskorporat, und zwang sie, zu akzeptieren, was rein gewerkschaftlicher Kampf nur sehr langsam durchzusetzen hätte.

Auch der von den Stinnes und Konsorten aus Sorge um ihren Besitz und um die heilige kapitalistische Ordnung mit den Gewerkschaftsvorständen für die Ueberangewirtschaft vereinbarte paritätische „Industrierat“ wurde durch den Reuer der proletarischen Revolution, und der berpönte Arbeiterrat trat an seine Stelle.

Die proletarische Reichsleitung muß nachbessern. Der Besitz der politischen Macht verpflichtet, und Pflicht des Rates der Volksbeauftragten ist es, die Forderungen der Arbeiter durchzusetzen.

Die Folgen des von den verbrecherischen Machthabern der alten imperialistisch-kapitalistischen Gewalten provozierten Krieges zwingen dazu, die Arbeiterkraft schon in der Uebergangswirtschaft sofort des weitestgehenden Schutzes teilhaftig werden zu lassen. Unsere heranwachsenden Kinder sind unterernährt, unsere Frauen und Mädchen und unsere Mütter sind enträtelt, das ganze Proletariat ist durch Not und Elend ausgemergelt bis ins Mark. Da genügt zur Ernährung und Wiederherholung nicht die Gehirnung des achtstündigen Arbeitstages. Daneben muß die alle Förderung des freien Sonnabendnachmittags für alle arbeitenden Personen — alle die kühnliche Arbeitsmode — herbeiführt werden. Den verheirateten, gegen Lohn befristeten Frauen und Müttern, sowie den Witwen im eiaenen Hausstand ist der freie Sonntag zu garantieren durch Freitags- des ganzen Sonnabends; weitestgehender Mutter- und Säuglingschutz sollte umgehend diktiert werden.

Sofortiger Hilfe bedürfen auch die von den kapitalistischen Regierungen bisher brutal vernachlässigten Vermittler der Armen, die Seimarbeiter, Millionen unglücklicher Geschöpfe verkrüppelt im Krondienste des Kapitals, und viele neue Hunderttausende hat der unheilvolle Krieg dieser Elendarmee zugeführt. Sofortige Errichtung von Lohnämtern und Festsetzung auskömmlicher Mindestlöhne ist hier das Gebot der Stunde.

Das sind einige wenige der wichtigsten Forderungen, welche umgehend zu erfüllen sind. Möge die Arbeiterkraft sich nicht genügen lassen mit dem, was das um sein Eigenum besorgte Großkapital in der Stunde der Not zu bewilligen geneigt ist, sondern unentwegt die politische Maschine der Volksgewalt in Bewegung setzen, um die drin-

gendsten Maßnahmen mit diktatorischer Gewalt durchzuführen und so durch Stärkung der Arbeiterkraft sichern, was die Revolution errungen.

## Verammlung der Berliner Metallarbeiter.

Die Generalversammlung der Verwaltungsräte des Deutschen Metallarbeiterverbandes befaßte sich am 17. November mit der „Neuwahl des ersten Bevollmächtigten“. Aus der Mitte der Verammlung wurde beauftragt, den Punkt „Neuwahl des ersten Bevollmächtigten“ von der Tagesordnung abzuheben, da angesichts der gegenwärtigen Situation für die Diskussion über die Wahl keine Zeit und andere Fragen dringender der Erledigung bedürfen. Die Wahl des Bevollmächtigten könne in einer in ca. 2 bis 3 Wochen stattfindenden Generalversammlung erledigt werden.

Edert und Müller schlossen sich dem an. Cohen erklärte hierzu, daß er zwar einsehe, daß für die Diskussion über die Wahl heute keine Zeit sein werde, aber auf eine Vertagung von 14 Tagen bis 8 Wochen könne er sich nicht einlassen. Das sei nicht zu ertragen. Wenn die Verammlung beschließt, daß die Wahl jetzt nicht vorgenommen wird, dann mache er den Vorschlag, die Wahl bis zum turnusmäßigen Termin im nächsten Frühjahr zu vertagen. Anders sei es ihm nicht möglich, arbeiten zu können. Sollte die Generalversammlung damit nicht einverstanden sein, dann werde er noch heute seine Stellung kündigen. Es wurde fall einstimmig beschlossen, die Wahl bis zum turnusmäßigen Termin zu vertagen.

Kunze wurde in eine Besprechung mit der Unklarheiten eingetreten, die infolge der Vorkommnisse der letzten acht Tage schweben.

Richard Müller erklärte zu der Gesamtsituation zunächst einleitend, daß er mit der Einberufung einer Nationalversammlung für Deutschland, an der alle Bevölkerungsschichten teilnehmen, nicht einverstanden sei. Deutschland solle eine soziale Republik werden, in der nur die Personen, die körperlich und geistig arbeiten, mitentscheiden. Der Vorschlag, die oberste Instanz sein. Müller äußerte sich dann des näheren zur Regelung der Angelegenheiten in gewerkschaftlicher Beziehung. Cohen legte dar: Was wir im Augenblick an Aufklärung in gewerkschaftlicher Beziehung haben müßten, sei doch das, was täglich in vielen Dutzenden von Häusern aus allen möglichen Betrieben gefragt wird. Es beständen zahllose Unklarheiten, die geklärt werden müßten, wie die Frage der Neuwahl der Arbeiterausschüsse und der Arbeiterräte. Arbeiterausschüsse beständen in vielen Betrieben nicht, und außerdem seien sie da, wo sie beständen, im Laufe der Zeit durch Ergänzungen und Erlassnahmen derartig akahel, daß sich eine Neuwahl dringend notwendig mache. Die Arbeiterräte aber seien am 10. November in einer Weise gewählt worden, daß von einer korrekten Wahl kaum in einem einzigen Falle gesprochen werden könne. Daran darf man niemandem einen Vorwurf machen, denn angesichts der Gesamtsituation war es damals beim besten Willen nicht anders möglich. Nunmehr aber sei es Zeit, die Sache zu klären und in ordnungsgemäßer Weise die Wahlen der Arbeiterräte vorzunehmen. Die Teilung der Arbeit zwischen Arbeiterausschüssen und Arbeiterräten müsse seiner Meinung nach in der Weise vorgenommen werden, daß die Arbeiterausschüsse die wirtschaftlichen und die Arbeiterräte die politischen Angelegenheiten behandeln.

Es komme jetzt darauf an, die durch die Ereignisse der letzten Zeit ins Stocken getatene Maschine der wirtschaftlichen Tätigkeit wieder in Gang zu bringen. Cohen entwickelte die Richtlinien, die ihn hierbei leiteten, und wußte diesbezüglich mit den Arbeitgebern in Verbindung treten.

Auf alle Fälle aber wolle er ausdrücken, daß die geradezu unerschöpflichen Forderungen, die in manchen Betrieben gestellt sind, durchaus nicht im Interesse des Ganges liegen, sondern nur

geeignet seien, die ohnedies schon vorhandene Verwirrung noch größer zu machen. Wenn z. B. gefordert wird, daß Direktoren entlassen werden sollen, daß bei der Berechnung des Lohnes für die achtstündige Arbeitszeit auch das Einkommen für Ueberstunden mit zur Berechnung kommen solle, so sei das natürlich eine Unflughet, die entscheden zurückgewiesen werden müsse. Es müßten bestimmte Direktoren gegeben werden, damit die Gewerkschaften arbeiten können, und dieses Durcheinander aufhöre, sonst drohe ein allgemeiner Zusammenbruch.

Zur Ernährungsfrage äußerte sich noch Paris. Er führte aus, wie bedrohlich es in Deutschland bezüglich der Verteilung von Brot und Kartoffeln liege, wie ungedeuert es abdrohede auch das Zurückfluten der Meeresmassen von China und Westen für die Ernährung der deutschen Bevölkerung sei. Es sei geradezu ungeheuerlich, was der deutschen Bevölkerung bevorstehe, wenn nicht auf dem schnellsten Wege der Frieden geschlossen wird. Er schlug deshalb folgende Resolution vor:

Die am 17. November 1918 tagende Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Verwaltungsstelle Berlin fordert die gesamte deutsche Arbeiterschaft auf, sofort allerorts Versammlungen einzuberufen, die sich folgende Entschlüsse zu eigen machen:

Das deutsche Volk erklärt den Waffenstillstand für erledigt, indem es sich für den bedingungslosen, demokratischen Frieden nach dem Wilsonschen Programm ausspricht und bereit ist, jede ihm von den Alliierten auferlegten Friedensbedingungen zu erfüllen. Die Verammlung fordert die Völler der Erde auf, sich ebenfalls auf den Standpunkt des Wilsonschen Programms zu stellen und für den sofortigen Friedensschluß einzutreten.

Die Verammlung glaubt annehmen zu können, daß die Alliierten erkennen, daß das deutsche Volk nach dem revolutionären Umsturz eines der friedfertigen Völler der Erde ist, und erwartet, daß die scharfen Waffenstillstandsbedingungen gemildert werden, um eine geordnete Ueberführung in die Friedenswirtschaft zu ermöglichen.

Nach Erledigung dieses Punktes wurde die vorher abgeordnete Diskussion fortgesetzt, und erklärte Cohen, die Frage, die er und einige andere Reher an den Vollzugsausschuß gestellt haben, präzis zu beantworten. Wenn das heute so aus dem Hause nicht möglich sei, dann könne in eine Sitzung des Vollzugsrates mit den Beauftragten unserer Ortsverwaltung angeht werden, um sich über die dringenden schwebenden Fragen zu verständigen. Jedoch die Vertreter des Vollzugsrates erklärten, daß sie keinerlei Zeit anwenden könnten, für eine solche Sitzung, da alle Zeit bereits vollständig befaßt sei. Daraufhin erklärte Cohen, daß er unter diesen Umständen das tun werde, was zur Regelung der wirtschaftlichen Fragen in der Metallindustrie Groß-Berlins notwendig sei, und zwar nach den Gesichtspunkten wie er sie erläutert habe. Es würde im Laufe des nächsten Woche eine Verhandlung geführt mit den Arbeitgebern, um auf kollektiver Grundlage die im Augenblick notwendigen Verbesserungen und Änderungen zu schaffen. Des weiteren sei die Frage des paritätischen Arbeitsnachweises, soweit die Verhandlungen mit den Arbeitgebern in Frage kommen, erledigt, es bedarf nur noch der Zustimmung der beiderseitigen Mitgliedschaften, und die wird auf dem schnellsten Wege eingeholt. Die einzelnen Positionen der sonstigen Forderungen werden in einer zu diesem Zweck einberufenen Verwaltungssitzung vorbereitet, sobald mit den Arbeitgebern darüber verhandelt und letzten Endes zur Beschlußfassung unserer Generalversammlung vorgelegt.

Ueber alle Verbesserungen, die Kollegen in den Betrieben erstreben, sollen sie sich vorher mit der Ortsverwaltung verständigen. Das sei nunmehr die einzige Möglichkeit, zu arbeiten zu können. Damit war die Generalversammlung beendet.

Die Ortsverwaltung ersucht jeden Kollegen, gleichviel welche Funktion er hat, in der bisher getwöhnten Weise sich zunächst an die Ortsverwaltung zu wenden, wenn irgendwie die Absicht vorliegt, in den Betrieben Forderungen zu stellen.

## H. Hoffmann's Verlag

Theater-, Buch- und Musikalien-Literatur

G. m. b. H.

Berlin D 27, Blumenstraße 22, I.

Bestellungen auf alle Erscheinungen

des Bilders- und Musikalienverlags werden prompt und zu Original-Verlegerpreisen ausgeführt.

Es empfiehlt sich,

Bestellungen auf Festgeschenke

wicht frühzeitig aufzugeben.

Schriften-, Theater- und Musikalienkataloge

auf Wunsch gratis und franko.

Für Theateraufführungen, Unterhaltungs- und Bunte Abende

Auswahlsendungen

an Vereine bereitwillig. (Vereinstempel ist bei Bestellung

beizubringen und die Nummer des Kataloges anzugeben.)

Der Verlag übernimmt Herausgabe

und Vertrieb aller Buch- und Theaterliteratur, die dem freien

Gebanken und den Prinzipien der wahren Sozialdemokratie

nicht widersprechen.

Neuerscheinungen:

Die Sünden des Volkswiderns.

Von einem Volkswidern. Preis 15 Pf. Porto 5 Pf.

Offener Brief Tschitcherins,

des russischen Volkskommissars für auswärtige Angelegen-

heiten, an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nord-

Amerika, Herrn Woodrow Wilson. Preis 20 Pf. Porto 5 Pf.

Bei größeren Bestellungen zu Propagandazwecken hoher Rabatt.

Helig Wilke:

Ehe-Probleme.

Ein Beitrag zur Heilung des Eheleidens.

48 Seiten stark. Preis 1 R. Porto 7 1/2 Pf. Vereins-

ausgabe zur Massenverbreitung billig.

Dans Gedacht:

Die sozialistische Jugendbewegung.

Preis 20 Pf. Porto 5 Pf. Vereinsausgabe zur Massen-

verbreitung billig.

Rudolf Hilfer:

Vom Wesen der Dinge.

Wicht Vorkurs auf Grund der Lösung des Weltproblems

der Gegenwart.

104 Seiten stark. Preis 1 R. Porto 25 Pf.

Preis 1 R. Porto 25 Pf.

Wer sind die Kommunisten?

Von Greifmann.

Verband der Tapezierer

Filiale Berlin.

Donnerstag, den 21. 11. 1918, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus,

Engelstraße 15, Saal 1

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die bis jetzt resultierende gütliche Tarif-Verhandlungen-

2. Diskussion.

3. Verhandlungsangelegenheiten.

Wünscht aller Mitglieder ist es, zuwesend zu sein.

Die Ortsverwaltung.

## Gesucht werden

durch unsern Arbeits-nachweis:

Perfekte Büro- und Verwaltungskräfte,

Stenotypistinnen, Buchhalter, Buchhalterinnen.

Mitglieder,

die sich bewerben wollen, können sich umgehend persönlich im Büro,

Münzstrasse 20, eintragen lassen.

Zentralverband der Handlungsgehilfen

Ortsgruppe Groß-Berlin.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband

Donnerstag, den 21. November, abends 8 Uhr

Vertrauensmänner-Konferenz

der Maschinenchloßer

Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 12.

Tagesordnung wird dort bekanntgegeben.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Brancheleitung.

Konferenz, den 21. November 1918, abends 8 Uhr:

Allgemeine Klempner-Versammlung

in der Straße der Fechtler, Große Hamburger Straße 30.

Tagesordnung:

1. Handlung der Klempnerarbeit in unserer Branche.

2. Diskussion.

3. Verhandlungsangelegenheiten und Beschlüsse.

Es ist Pflicht eines jeden Klempners, für diese Versammlung zu erscheinen

und seine Stimme zu erheben.

Quittungen zum Fortbeweisen am 30. November werden

nach in dieser Versammlung abgegeben.

Die Ortsverwaltung.

## Der Sozialist

Sozialistische Anstandschrift

Unabhängige sozialdemokratische

Wochenchrift

Herausgeber: Dr. F. Pfeiffer

Erscheint einmal wöchentlich am Donnerstag.

Preis für die Einzelnummer 50 Pfennig,

bei allen Buchhändlern der „Sozialist“ zu haben.

Abonnementspreis für Dezember 1,30 Mark, vom 1. Januar 1919

an für das Quartal in Frankfurt 3 Mark, im Ausland 3 Mark.

## Vantfagung.

Für die zahlreichen

Gewirte herzlichster

Teilnahme beim Beimgang

unser geliebten Mutter

und Großmutter

Agnes Haeiselbach

haben wir allen Ge-

nossen und Genosinnen,

vor allem Frau Haeisel-

bach für die trostreichen

Worte am Saige der

Eustachien, unsern

gehilichsten Dank.

Frau Hans Dunkel

etw. Tochter,

Berlin a. d. Hermann

str. 10.

Die Ortsverwaltung.

## lehtung Velten.

lehtung

Spionabend, 23. November,

abends 7 Uhr, findet im großen

Saal von Ursow eine

öffentliche Versammlung

statt. Tagesordnung:

Die deutsche Revolutio und was

sie uns weiteres Aufgeben.

Referent: Osa, Schneide-Berlin.

Um zahlreiches Besuchen bitten

Der Einberufer.

## Stadtreisende

Handel für den Verkauf von

Wandkalendern usw. in dem

Verkauf gesucht, Erlanger 11, 2-

Verkaufhaus A. Kluge,

Weismainstr. 3.

## Wieder-

verkäufer

gesucht für Begrüßungen der

Revolutionen. Verkehrstr. 111.

Donnerstag, den 21. Nov. 1918,

abends 6 Uhr, im

Gewerkschaftshaus,

Engelstraße 15, Saal 1

## Große Versammlung

aller Wärter und Kronenarbeiter sowie aller

Arbeiter und Arbeiterinnen in den betz.

Betrieben.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Arbeiterrats über die augen-

blickliche wirtschaftliche u. politische Lage.

2. Diskussion.

Es ist dringende Pflicht, bei der wichtigsten

Tagesordnung, bei alle Kollegen erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

## Proff'sches Quartett

empfehl sich den Parteigenossen zu

allen Feierlichkeiten, besonders Trauer-

feierlichkeiten und Einäscherungen =

Franz Proff, Berlin NO. 55

Fernruf: Alexander 894. Lippmann Straße 13.

## Bestellscheine.

Bitte über zufälligen, unrichtigen und anderen an den Verlag der „Freiheit“

Berlin NW. 6, Goldmannstraße 19.

Der Untergewinnere behält hiermit vom

ab 1 Exemplar der 100mal täglich erscheinenden Zeitung

„Die Freiheit“

Besteller Ergun

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

zum Betrag von 12, 200 monatlich bei sofortiger Zahlung ins Conto.

Name: \_\_\_\_\_

Ort: \_\_\_\_\_

Name des/der Bekannten, Straße, Hausnummer, etc.

# Die Tagung des Berliner Arbeitererrats.

## Die Versammlung im Zirkus Busch

Das Bild des Zirkus Busch bei Eröffnung der ersten Sitzung des Berliner Arbeitererrats, die gestern stattfand, war ein anderes als das der ersten gemeinsamen Sitzung des Arbeiter- und Soldaterrats am vorigen Sonntag. Nur vereinzelte Uniformen, kein Gedränge in der Manege, parlamentarische Ruhe. Aber auch diese Ruhe verfliehet, wenn die Leidenschaften ausflammen und die Bitterkeit, die sich in den Ariensohnen, in den Nerven bestialischer Bruderkämpfe in der Partei angehäuft, explosiv zum Durchbruch gelangt. Besondere Erbitterung herrscht bei der großen Mehrheit gegen die Gewerkschaftsbeamten — das geht nicht nur aus den Anklagen hervor, wenn ein Gewerkschaftsbeamter spricht, das zieht sich wie ein roter Faden durch alle Reden, die das Abkommen zwischen der Gewerkschaftskommission und dem Volksgangsausschuss — eine der brennendsten Fragen, die behandelt wurden — berühren. Durch dieses Abkommen ist die Tätigkeit der Arbeitererräte in vielen Fabriken abgemittelt und durchkreuzt worden. Die Arbeitererräte fühlen sich an die Wand gedrückt, machtlos den Unternehmern gegenüber, die der Unterstützung der Gewerkschaftsleitungen sicher zu sein scheinen. Ananas berichtet auch eine gewisse Unzufriedenheit gegen den Volksgangsausschuss. Aber nach der Rede des Berichterstatters H. Müller, der auf die Notwendigkeit der Uebertragung der wirtschaftlichen Funktionen an die Gewerkschaften, aber auch auf die Notwendigkeit der radikalen Säuberung der Gewerkschaftsleitungen hinweist, macht diese Stimmung der Entschlossenheit Platz, endlich auf diesem Gebiet Remedur zu schaffen.

So klar diese Frage, so unklar und verwickelt erscheint bei einem beträchtlichen Teil der Versammlung die Frage der Nationalversammlung. Allgemein ist der feste Wunsch, sich von den Vorkriegsbedingungen nicht aufhalten lassen und die Revolution in eine sozialistische zu verwandeln. Das ist die allgemeine taktische Linie, aber ihre Einzelheiten bedürfen noch der Klärung. Der praktische Sinn und die revolutionäre Entschlossenheit der Arbeitererräte bürgen dafür, daß die Klärung nicht lange auf sich warten lassen wird.

## Sitzungsbericht.

Die überfüllte Versammlung wurde vom Mitglied des Volksgangsausschusses Gen. Rosenbush eröffnet. Gen. Richard Müller erläuterte den Bericht. Er führte etwa folgendes aus: Sie haben das Recht, zu verlangen, daß Ihnen berichtet wird, was bisher geleistet worden ist; wir haben das Bedürfnis, mitzuteilen, was geschah. Wir stehen im Zeichen der Geburtswehen der Revolution. Das alte Regime ist zusammengebrochen, und ist ein entsetzlicher Trümmerhaufen geblieben. Die Gewaltübernahme des alten Deutschland haben ein verbrecherisches Spiel getrieben. Sie haben das Volk betrogen und betrogen. Heute offenbart sich die entsetzliche Wahrheit. Noch in dem deutschen Volk nicht klar geworden, in wieviel furchtbarem Grade wir durch den Krieg hinfingetrieben wurden. Jahre voll Elend liegen hinter uns. Schwere Jahre haben wir vor uns. Die Nachkommen des alten Regimes tragen eine unerbittliche Schuld, aber auch die sind mitschuldig, die sie jahrelang energisch unterstützt haben. (Beifall.) Wenn ich das Land von Kriegen entblüht, Arbeitslosigkeit in entsetzlicher Menge droht Platz zu greifen. Dazu kommt noch das Verhängnis der Hungersnot, denn auch auf dem Gebiete der Volksernährung hat die alte Regierung ein verbrecherisches Spiel getrieben. Die Nahrungsmittelbehörden sind bald aufgezehrt, wir stehen tatsächlich vor dem Verhungern. In dieser verzweifelten Lage haben wir die Regierung übernommen. Sie haben uns beauftragt, einen Ausweg zu finden. Wir als Volksgangsausschuss stehen vor Aufgaben, die übermenschliche Anstrengung erfordern. Von allen Seiten erdrückt, müssen wir kämpfen, aber oft sind wir dazu nicht in der Lage. Tausende Fragen wirtschaftlicher, militärischer, politischer Natur stürmen auf uns ein. Das Abgeordnetenhaus, in dem wir tagen, wird belagert von Tausenden von Personen, die sich an uns wenden. Was uns besonders bedrückt, ist die Tatsache, daß wir über Nacht eine Behörde geworden sind mit großer Verantwortlichkeit, aber ohne entsprechenden Apparat. Was wir tun konnten, ist zu sagen, aber wir bitten um Nachsicht, wenn wir nicht allen Anforderungen entsprochen haben. Nicht uns nicht verantwortlich für alles — verantwortlich sind jene, die 52 Monate den Krieg geführt haben und nun, Genossen, wo diese verabscheuliche Regierung gestürzt ist, kriechen ihre früheren Stützen aus allen Ecken hervor, um sich uns anzubinden. Wir werden diese Verhältnisse empfangen, wir sie es verdienen.

Redner schildert danach die Maßnahmen, die getroffen wurden, um den Sicherheitsdienst in Berlin zu organisieren. Es muß ausgesprochen werden, daß die Genossen W. S. und C. H. v. in hervorragendem Maße mitgewirkt hätten, um die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Aber nicht nur ihnen gebührt Dank, sondern allen, die sich in den Dienst der Sicherung der Revolution gestellt haben.

Eine große Sorge, führt der Redner fort, bildet die Sicherstellung der Volksernährung. Wie schwer diese Aufgabe auch ist, sie ist verhältnismäßig gut gelöst worden. Dem Genossen W. S. ist die weitestgehende Vollmacht auf diesem Gebiet erteilt worden. Es muß ausgesprochen werden, daß unter Vertreten vollkommener Geschicklichkeit worden ist. Er ist der richtige Mann an dieser Stelle, ihm gebührt Dank.

Eine weitere schwere Sorge bildet die Gegenrevolution, die in den ersten Tagen der Revolution ihr Haupt erhob. Es fanden Putschversuche statt, an denen Offiziere beteiligt waren. Das Ziel war der Sturz der neuen Regierung. Diese Tatsache ist erklärt, die Herrschaften verlieren alles, wenn wir am Rande bleiben. Die gegenrevolutionäre Gefahr erschien so groß, daß wir eine rote Garde und Leben rufen wollten. Tausende Arbeiter hätten sich bereit gemeldet. Aber unser Ansehen hätte den Unwillen der Soldaten erregt, die darin den Ausdruck eines Mißtrauens gegen sie erblickten. Sie versammelten sich und erklärten, daß sie sich Mann für Mann hinter den Volksgangsausschuss stellen und jede Gegenrevolution niederschlagen würden. (Beifall.) Die Soldaten hatten, daß die rote Garde nicht gebildet werde. Wir haben dem Rechnung getragen. Wichtig ist die Bildung der roten Garde verlegt. (Widerspruch.) Wir im Volksgangsausschuss werden sorgfältig darüber wachen, daß jede gegenrevolutionäre Strömung sofort im Keime erstickt werde. Aber noch ein Umstand ist zu berücksichtigen: der Trümmerhaufen einstweilen ist so groß, daß die bürgerliche Gesellschaft selbst Angst haben wird, an ihn heranzugehen.

Redner schildert danach die Maßnahmen zur Einbrechtung der Volksgewalt, die erforderlich wurden, weil die zahlreichen Ausschüsse, Kommissionen usw. eine heillose Vermischung angerichtet hätten. Deshalb wurde der Beschluß gefaßt, daß der Volksgangsausschuss die allein maßgebende Körperschaft sei.

Neue Schwierigkeiten tauchen nun täglich vor uns auf. Wir müssen für die geordnete Durchführung der Feldtruppen sorgen. Wir müssen die Demobilisierung der Truppen in die Heimat durchführen. Hier arbeitet der Volksgangsausschuss Hand in Hand mit der Reichsregierung und dem Kriegsministerium. So haben wir noch neuerdings gemeinsam Richtlinien zur Durchführung dieser Demobilisierung ausgearbeitet. (Diese Richtlinien sind an anderer Stelle unseres Blattes veröffentlicht.)

Redner weist auf die schwierigen Aufgaben im Sanitätswesen hin, schildert die Notwendigkeit der Kontrolle der Kriegsgesellschaften, in denen unläutere Elemente Einwirkungen zu machen versuchten. Dazu kommt die Kontrolle der Kommunalbehörden, die von den deutschen A- und E-Räten durchgeführt werde. Aber auch der Volksgangsausschuss muß sich einschalten und die Kommunalbehörden zwingen, sich dieser Kontrolle zu fügen. Es seien allerdings auch seitens einiger Räte Durchgriffe vorgekommen, es müsse aber in Zukunft verlangt werden, daß jegliche Uebergriffe unterbleiben.

Von stürmischen Zwischenrufen unterbrochen, weist der Redner dann auf die Uebertragung der Volksgewalt in wirtschaftlichen Fragen auf die freien Gewerkschaften hin. Hören Sie unsere Gründe. Wir sind nicht in der Lage, in allen wirtschaftlichen Fragen einzugreifen. Wir mühten die Volksgewalt einem Organ übertragen, das ein Fundament unter sich hat. Das können hier nur die freien Gewerkschaften sein. An Ihnen, Genossen, liegt es, die Leiter der Gewerkschaften auszuwählen. Wenn diese früher nicht Ihren Weg gehen, dann lassen Sie sie davon. Der Volksgangsausschuss sei nicht in der Lage gewesen, die Richtlinien, die die Generalkommission ausarbeitete, eingehend zu prüfen. Er habe aber sofort eingegriffen, als er aus den Berichten aus einzelnen Betrieben ersah, daß der von den Gewerkschaften eingeschlagene Weg nicht der richtige sei. An den Arbeitern liegt es nun, den Gewerkschaften den Weg zu weisen, den sie gehen mühten. Alle einschlägigen Fragen mühten in den Gewerkschaften im Einvernehmen mit den beiden sozialistischen Parteien gelöst werden.

Was tun wir, führt der Redner fort, wenn die Unternehmer sich nicht fügen? In aller Ruhe erkläre ich: Wenn das geschieht, werden wir diese Unternehmer enteignen. (Beifall.) Wir werden von unserer Macht reichlich Gebrauch machen. (Beifall.) Den Anspruch verabschiedeter Angestelltenverbände auf einen Teil der Volksgewalt weist der Redner zurück. Es soll diese Verbände etwas leisten, dann werden wir ihnen Rechte einräumen. Es bilden sich jetzt Räte der verschiedensten Art. Wir freuen uns, daß die proletarischen Elemente unter ihnen, die Proletariat in die Reihen, sich endlich aufzuheben. Aber sie in unseren Rat aufgenommen werden, müssen wir wissen, wer sie sind und was sie sind. Wir haben ein Recht auf Militärs. Das soll nicht mißverstanden werden. Alle sollen mitarbeiten, mittaten, Kopf- und Handarbeiter zusammen. Aber die von Arbeitern und Soldaten erlangte Freiheit muß von revolutionären Kräften behütet werden. Nicht Parasiten sollen mitarbeiten. Nur wer arbeitet, hat das Recht, mitzubestimmen.

Der Schrei nach der Konstituante, der jetzt ertönt, ist ein Ausdruck der Furcht. Man will auf diesem Wege die Gewalt in die Hände der bürgerlichen Parteien zurückverlegen. Sie werden damit kein Glück haben. Wir wollen keine demokratische, sondern eine sozialistische Republik. (Widerspruch und Unruhe.) Die Konstituante ist ein Problem, das in der Zukunft liegt. Dies spreche ich im Namen eines großen Teils des Volksgangsausschusses aus. Wenn wir jetzt die Konstituante einberufen, dann verlieren wir die Macht. Der Weg zur Konstituante wird nur über meine Leiche gehen. (Widerspruch und Beifall.) Wir sind nur ein Provisorium, das möglichst bald beseitigt werden muß. Es soll demnächst ein Zentralkongress sämtlicher A- und E-Räte aus ganz Deutschland einberufen werden, der einen neuen Volksgangsausschuss für das ganze Reich wählen soll.

Redner kreift dann kurz einige Reibungen, die sich zwischen Regierung und Volksgangsausschuss ergeben hatten, erklärt, daß diese Kompetenzstreitigkeiten größtenteils beseitigt seien und daß ein Weg zur gedeihlichen Zusammenarbeit gefunden sei. Die Dinge lagen so: Der Volksgangsausschuss habe das Recht, die Reichsregierung sowie die preussische Regierung zu ernennen. Wer nicht in seinem Sinne arbeite, könne davon abgesehen werden. Wir haben festgestellt, bemerkt der Redner zum Schluß, daß gewisse Teile des Bürgertums verstanden, durch allerlei Mittel die Ertragskapitalen der Revolution zu diversifizieren. Wir haben auch erfahren, daß agrarische Kreise, besonders im Osten große Betreibermengen im Walde vergraben. Wenn das nicht unterbleibt, dann werden sie die Diktatur des Proletariats zu spüren bekommen. Mögen sie mitarbeiten; wenn sie uns aber das Leben schwer machen, dann werden sie unsere Macht fühlen. Zum Schluß erkläre ich: An Ihnen wird es liegen, daß die Ertragskapitalen der Revolution beseitigt werden und dauernd erhalten bleiben. (Beifall.)

An der einleitenden Diskussion beteiligten sich zahlreiche Redner. Die Redezeit wird auf 5 Minuten beschränkt. Genosse Rubin spricht für die Verlegung der Revolution und die Einholung der demokratischen Grundgesetze. Genosse G. v. S. verlangt, daß der Arbeitererrat auf gesunde Füße stehen solle. Teile von Arbeitern seien nicht erfolgt. Es soll eine Kommission ernannt werden, die schließlich einen Wahlmodus ausarbeitet, damit der Arbeitererrat sich konstituieren kann. G. v. S. übermittelte den Wunsch von 50 000 Angestellten großer Kriegsgesellschaften, mitzuarbeiten. Aus drohe der Verlust Postens, es solle dort an Arbeitsträften, um die Lebensmittel heranzubekommen; schließlich mühten Mannschaften nach Oberschlesien geschickt werden, um das Getreide zu erhaschen. G. v. S. spricht im Namen des Soldaterrates, Arbeiter und Soldaten mühten zusammenstehen. Die Soldaten mögen keinen Bürgerkrieg. Die Arbeiter mögen Vertrauen zu den Soldaten haben. Genosse W. S. spricht im Namen der Arbeitslosen. Man möge ihnen ein Heim im Abgeordnetenhaus anweisen. Den Arbeitslosen müsse schließlich geholfen werden. Sie brauchen Brot und Wohnung. Genosse R. Müller schlägt vor, alle Anträge dem Volksgangsausschuss zur schließlichen Erledigung zu überweisen. Ein Marschall erklärt, 2000 Marineinfanteristen seien hier, die bereitstünden, ihr Leben für die neue Regierung zu lassen. Er erhebt einen unflätigen Vorwurf gegen Liebknecht, den der folgende Redner, Genosse J. Lab. scharf zurückweist. Genosse Deuer protestiert dagegen, daß man nach 4 Jahren Krieg die Arbeitererräte bei der Arbeit im Betriebe auslösche. Genosse D. u. M. spricht über die große politische Bedeutung der Räte. Von dem alten Regime ist nur der Oberbau geblieben, die Fundamente stehen noch. Die deutsche Revolution habe nur ihren ersten Schritt gemacht. Die Verle, die jetzt gegen die Diktatur des Proletariats arbeiten, hätten ihre Zustimmung zu der Rückwärtsarbeit gegeben. Es gelte nun

alle Kräfte des Proletariats zusammenzufassen und die A- und E-Räte weiter auszubauen. Genosse Liedt vom Bund der Kriegsbefähigten bittet, den Kriegsbefähigten eine Vertretung im A- und E-Rat zu gewähren. Justizrat Dr. Eugen Buch spricht im Namen der Berliner Anwaltschaft dem A- und E-Rat seine Sympathie aus. In der Uebergangszeit müsse der A- und E-Rat die Macht behalten. Aber er teile nicht die Ansicht des Genossen Müller, daß der Weg zur Konstituante nur über dessen Leiche gehen werde. Er hoffe vielmehr, daß er leben werde in der Konstituante. Genosse Hermann Müller vom sozialdemokratischen Parteivorstand tritt für eine sozialistische Republik in demokratischem Rahmen ein. Die Frage: Räteverformung oder Konstituante? könne jetzt nicht entschieden werden. In dem Abkommen zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien bei der Bildung der Regierung sei die Konstituante im Prinzip nicht abgelehnt worden. Ein unterer Staatsbeamter spricht im Namen seiner Kollegen, klagt aber den Fehler der Vorgehensweise an und das Spitzeln, das jede sozialistische Regierung der Beamenschaft unterdrücke.

Im Namen der Regierung ergreift Genosse Haase das Wort. Die Reichsregierung kann nicht unanbar in den Wäldern stehen. Sie jagt ihre Kraft aus den Wäldern und leitet ihre Kraft von den A- und E-Räten her. Manche Verachtung der A- und E-Räte und der Regierung habe sich gezeigt. Das ist bedauerlich und darf nicht vorkommen. Der alte Bürokratismus muß begraben sein; wir müssen uns ohne ihn verständigen. Wir müssen fest und ungedröht der Gegenrevolution gegenüberstehen. Die alte Ordnung bestand darin, daß eine kleine Minderheit die große Mehrheit knechtete und ausbeutete. Die Revolution würde ihren Sinn verlieren, wenn sie diese Tatsache nicht aus der Welt schaffe. Wir dürfen und dürfen fremde Beispiele nicht zu falschen Schlüssen verleiten lassen. Wenn wir die zu uns gehörigen sozialen Schichten um uns sammeln, dann können die Ertragskapitalen der Revolution nicht verloren gehen. In Deutschland gehören Demokratie und Sozialismus zusammen. Der Volksgangsausschuss und alle A- und E-Räte haben die Regierung zu kontrollieren. Das Proletariat muß immer die Regierung, auch eine sozialistische Regierung, vorwärts treiben. Ihre Sorge und Aufgabe ist zu treiben, zu treiben, kameradschaftlich, aus sozialistischem Geiste heraus. Die Revolution lebt, wenn die Regierung tätig ist. Die Revolution ist tot, wenn sie nicht arbeitet. Das Geschrei der Hungerliden darf uns nicht irreführen. Wenn auch die Konstituante kommen soll, so sind wegen der Volksernährung der Frauen, Soldaten usw. ungeheure Schwierigkeiten zu überwinden. Voraussetzung für die Abgabe der Stimme ist die Möglichkeit weitestgehender Auffklärung. Bis dahin muß die Zeit genutzt werden. Die Sozialisierung großer, wichtiger Betriebe ist nicht nur möglich, sie ist notwendig. Entsprechende Anträge und Maßnahmen müssen in einem Ausschuss zusammen mit der Regierung ausgearbeitet werden. Dann werden wir eine Leistung vollbringen, die sich nicht werden lassen können vor der ganzen Welt vor der sozialistischen Internationale. (Beifall.)

Nachdem eine Anzahl Redner teils für, teils gegen die Konstituante gesprochen und ein Vertreter der Arbeitslosen u. a. die Einquartierung der Arbeitslosen in den Schlössern und in den Wohnungen der Reichen geordert hatte, ergreift Genosse Ledebour das Wort. G. v. S. habe gesagt, daß man den Soldaten Vertrauen entgegenbringe. Die letzten Unstimmigkeiten zwischen Arbeitern und Soldaten sind nur eine Folge der mangelnden Auffklärung der letzteren. Wenn wir auf dem Vollen sind, werden wir die Soldaten für uns gewinnen. Jetzt sind sie noch demagogischen Schlägerreden zugänglich. Einen solchen demagogischen Trick habe G. v. S. gebraucht, als er in der Sitzung des Soldaterrates eine Resolution zugunsten der Nationalversammlung einbrachte. Aber nicht nur die Soldaten brauchen Auffklärung — die breitesten Kreise der Arbeiter brauchen sie. Vier Jahre lang waren Presse und Versammlungen unterdrückt. G. v. S. und seine Freunde haben uns den „Vorwärts“ geraubt (Lärm und Zustimmung.) In der Frage der Nationalversammlung hat auch Haase nicht recht. (Lärm und Zustimmung.) Die weiteren Ausführungen des Redners bleiben im Räum unverständlich. G. v. S. schließt unter teilweisem Beifall der Versammlung.)

Genossin G. v. S.: Bis hier war viel Wärm. Aber heute hat uns Müller Richtlinien gegeben. Jetzt wissen wir, was zu tun ist. So oft wie möglich müssen Versammlungen abgehalten werden. Alles muß eingeleitet werden, um Klarheit zu schaffen. (Beifall.)

Während vom Metallarbeiterverbande warnt, die Abmachung zwischen dem Volksgangsausschuss und den Gewerkschaften umzusetzen. (Lärm, Schlußruf.) G. v. S. wendet sich in einer persönlichen Bemerkung gegen die Ausführungen Ledebours, ohne allerdings die Tatsache zu widerlegen, die Genosse Ledebour anführte.

Genosse Liedt protestiert gegen das Geschwäh, daß er Matrosen bestochen hätte. Man will uns zu Tode gehen, weil wir uns dem gegenwärtigen Tausel entgegenverrichten, der die größte Gefahr darstellt. Die Gegenrevolution ist auf dem Marsch. Wenn die Arbeiterklasse nicht festhält, dann ist sie verdoct. Glauben Sie fest, seien Sie nicht traurig, nur die Arbeiterklasse kann sich selbst befreien, soll Klarheit über das Ziel, in räuschlosem Kampf. (Beifall.)

Genosse R. Müller antwortet in seinem Schlußwort auf die Fragen, die an ihn gerichtet wurden, behandelt nochmals eingehend die Gewerkschaftsfrage und erklärt unter dem Beifall der Versammlung: Wenn der Volksgangsausschuss sieht, daß die Gewerkschaften nicht in seinem Sinne handeln, dann wird er ihnen die erteilten Vollmachten entziehen. Es sei aber unmöglich, den Betriebsausschüssen diese Vollmachten zu erteilen, denn die Kriegswirtschaft müsse einheitlich und geordnet in die Friedenswirtschaft übergeführt werden. Die Kommanden, auch der Betriebsausschüsse, müssen die Besien an die Spitze stellen. Nehmen Sie die Wohl der Kommission vor. Genosse Liebknecht — führt der Redner fort — warnte vor dem Tausel. Ich bin nicht davon ergriffen, meine Kollegen im Volksgangsausschuss auch nicht. Wir werden die Revolution weiterreiben bis zur sozialistischen Republik.

Solange ich im Volksgangsausschuss bin, werden wir dafür sorgen, daß die Konstituante kommt, wenn sie für unsere sozialistische Revolution nicht gefährlich ist. (Starker Beifall.)

Der Vorsitzende, Genosse Rosenbush, gibt zum Schluß folgende Erklärung ab: Die Ertragskapitalen in den Betrieben dürfen in keinem Falle rückgängig gemacht werden, das sage ich im Einverständnis mit dem gesamten Volksgangsausschuss. (Starker Beifall.)

Die Debatte wird geschlossen. Es wird die Wahl einer zehnmitgliedigen Kommission zur Ausarbeitung des Wahlmodus und der Richtlinien vorgenommen. Gewählt werden je 5 von den beiden sozialdemokratischen Parteien, und zwar folgende Genossen: Kaufmann, Neumann, Probst, Watschke, Timpf, Weg, Schütz, Schöppler, Raizon, Schmidt.

# Das Problem der Sozialisierung.

Von Atlanticus.

Durch den Beschluß der Regierung, die Sozialisierung in Angriff zu nehmen, sind eine Reihe wichtiger Probleme in den Vordergrund des öffentlichen Interesses gerückt. Wir geben zunächst einem ausgezeichneten Kenner der Materie das Wort, der sich seit langem wissenschaftlich mit dem Problem befaßt hat, ohne politisch der Sozialdemokratie anzugehören. Unseren eigenen Standpunkt zu entwickeln, behalten wir uns vor.

Neben dem Problem der Sozialisierung hat Prof. Robert Wilbrandt im „Vorwärts“ vom 17. November einen sehr beachtenswerten Artikel geschrieben. Als Hauptthese stellt er auf, daß es sich nicht um Verstaatlichung handeln könne, insofern, als die Produktionsmittel den bisherigen bloß bürokratisch geschulten Staatsbeamten anvertraut werden dürften, was also nur eine größere Anzahl von Betrieben in Staatsbesitz überführen könne, die aber weiter von den bisherigen Betriebsleitern bewirtschaftet werden müßte, so daß der Staat nur den etwaigen Reinerlösbetrag empfänge. Die Verstaatlichung wäre also zunächst auf denjenigen Besitz zu beschränken, bei dem bereits Besitz und Betrieb getrennt seien, d. h. auf Latifundien und Aktiengesellschaften.

Vorzubereiten wäre nach Wilbrandt der Großbetrieb in der Zucker-, Schlächtere-, Tabak-, Industrie und in den Gewerben, in denen die Heimarbeit überwiegt. Für die Landwirtschaft müßten eine größere Anzahl von technisch und wissenschaftlich gebildeten Betriebsleitern erst vorbereitet werden.

Die Kleinbetriebe wären vorläufig, um nicht eine Gegenbewegung der Bauern heraufzubekommen, zu belassen. Für die Kleinbetriebe wäre sogar eine Vergrößerung der Fläche durch Gartenstädte und innere Kolonisation anzustreben. Zu diesem Zweck wären noch landwirtschaftliche Großbetriebe anzuführen; bei der Ueberführung in den Kleinbetrieb würde zwar eine Senkung der Produktivität der Arbeit eintreten, die aber durch Nutzung von Abfall, freie Stückerzeit und Land, reichlich ersetzt werden würde, es würde sogar eine Verreichlichung eintreten durch Obst- und Gemüsebau.

So weit Wilbrandt. Dergleichen sei folgendes bemerkt: Ohne weiteres ist auch die Verstaatlichung oder „Verstaatlichung“ von Aktiengesellschaften nicht angebracht. Auch da muß schon entschieden werden zwischen solchen, deren Produktion praktisch entweder unbegrenzt ausdehnbar ist, oder die doch für einen festen, geschätzten Inlandsaatz arbeiten. Als auszuscheiden ist die Exportindustrie, weil deren Absatz unsicher ist, sofern sie nicht für die nächsten Jahre der Uebergangswirtschaft genügend fürs Ausland beschäftigt werden kann.

Ferner hat es keinen Zweck, die kleinen und kleinsten Aktiengesellschaften und G. m. b. H. zu „vergesellschaften“, weil sie vielfach unmoderne Einrichtungen haben. In Preußen gab es 1913 unter den 2935 Aktiengesellschaften, die ein gesamtes eingekapitalisiertes Kapital von 10 744 Millionen Mark aufwiesen, 1436 Gesellschaften mit je unter 1 Million Kapital. Schlichtet man diese aus, so bleiben 1499 Gesellschaften mit 10 094 Millionen Mark Kapital. Läßt man alle Gesellschaften mit unter 3 Millionen Kapital aus, so bleiben nur noch 557 Gesellschaften, die aber 8883 Millionen Mark Kapital besaßen. G. m. b. H. gab es 1913 sogar 19 493 mit 2178 Millionen Mark Kapital, darunter aber nur 410 mit über 1 Million, zusammen mit 1 180 Millionen Mark Kapital. Auch unter den Aktiengesellschaften und G. m. b. H. mit über 1 Million müßte noch stark gesichtet werden, die irrational angelegten, mit Verlust oder ganz überwiegend für den Export arbeitenden ausgeschaltet werden. Der Krieg und die Kriegswirtschaft haben allerdings bereits unter den vor dem Krieg vorhandenen Betrieben fürchterliche Musterungen angebracht. Eine Menge kleiner und unproduktiv arbeitender Betriebe sind stillgelegt oder „aufammangeleert“ worden, es sind fast nur die größeren und bestergerüsteten erhalten. Die kapitalistische Kriegswirtschaft hat also einer eventuellen sozialistischen Friedenswirtschaft mächtig vorgearbeitet!

Es wäre auf der anderen Seite nicht aeraudfertig, ganz große Privatbetriebe von der Vergesellschaftung auszuscheiden, von denen ein erheblicher Teil fast genau so „unpersönlich“, d. h. ohne oder mit wenig Anteil der eigentlichen Arbeiter, arbeitet werden, wie dies bei den Aktiengesellschaften der Fall ist.

Es ist dabei noch zu beachten, daß man selbst bei der Verstaatlichung der Eisenbahnen nicht in rein mechanischer Weise vorgegangen ist, nicht alle bestehenden Einrichtungen, nicht die gesamte Beamtenbesatzung fortgeschaltet hat. Sondern es wurden eine Menge Erbwärme erhalten durch Zusammenlegung der Doppel-, Dreifach- und Vahnhöfe, Beibehaltung überflüssiger Werkstätten und Eisenbahndirektionen. Mit anderen Worten: auch bei der Uebernahme von Aktiengesellschaften müßte ähnlich vorgegangen werden; sie dürften nur nach der Prüfung von sachmännlichen Gutachten über Verbesserung und Verbilligung der Produktion in den Staatsbesitz übergeführt werden.

Aber — und das ist doch die Kernfrage bei einer Verstaatlichung:

Wären die Aktiengesellschaften einen erheblichen Ueberblick für den Staat abwerfen können, wenn im großen ganzen die kapitalistisch-individualistische Volkswirtschaft erhalten bleibt?

Nein! Will man die Aktionäre als Staatsrentner abfinden, d. h. genau so vorgehen, wie man bei der Verstaatlichung der Eisenbahnen vorgegangen ist, so würden sie alles in allem für den Staat wahrheitsgemäß 200—300 Millionen Mark Mehrerlösbetrag abwerfen — eine Bagatelle im Verhältnis zu dem ungeheuren Staatsbedarf für die Verzinsung der Staatsschuld, die Pensionen für Invaliden, Witwen und Waisen.

Der Mehrbedarf für Staatsgewalt wird, schätzungsweise, 10 Milliarden jährlich ausmachen gegenüber dem Mehrerlösbetrag. So hoch man nun auch eine Einkommens- und Vermögenssteuer anbringt, auch wenn man die großen Einkommen zu 50 v. H. versteuert — ganz abgesehen von der Mehrbedarf nicht. Man wird mindestens die Hälfte, d. h. mindestens 5—6 Milliarden, aus — indirekten Steuern der Staatsmonopole decken müssen. Die alte Regierung

hat nur indirekte Steuern zu schrauben gewußt, die deutsche soziale Republik kann dies nicht. Für sie bleibt übrig: großzügige Staatsmonopole — oder eine Vergesellschaftung der Gesamtproduktion. Man kann aber das eine tun und braucht das andere nicht zu lassen: d. h. zunächst 1. Vergesellschaftung der größeren Aktiengesellschaften und Privatbetriebe, 2. Monopole einführen, zum Teil mit Hilfe der vergesellschafteten größeren Betriebe. Alsdann kann man 3. in ein bis zwei Jahren auf Grund der Ergebnisse der vergesellschafteten, verbesserten (d. h. mit modernsten Einrichtungen auszustattenden) Aktien- und ganz großen Privatbetriebe den endgültigen Plan für eine Sozialisierung der Gesamtproduktion entwerfen, die überhaupt erst dann in Angriff genommen werden kann, was das Ziel und Streben des erwünschten Menschenfreundes ist: die volle Sicherheit der Existenz und eine ausreichende Lebenshaltung zu gewährleisten. Weiter Ueberzeugung nach kann die Sozialisierung der Produktion sogar viel mehr: sie kann allgemeinen Wohlstand, eine Aufhebung des Proletariats durch die Ermöglichung der Teilnahme am Genuß aller wünschenswerten Kulturgüter herbeiführen. Dies allerdings nur unter zwei Voraussetzungen: 1. daß die Produktivität der physischen Arbeit nicht sinkt, 2. daß die geistigen Arbeiter nicht als römische Sklaven behandelt werden, sondern ihnen volles Auswirken, d. h. die technische Leitung der Großbetriebe, ermöglicht wird. Gegen beide letzteren Forderungen hat der russische Bolschewismus aufs schwerste gesündigt, daher war das Ergebnis nicht der allgemeine Wohlstand, sondern der Hungertod ganzer städtischer Bevölkerung.

Auf diesen Hungertod hin arbeiten auch bei uns diejenigen, die sich nicht genug tun können in der Forderung völliger Anskultung, ja Vernichtung der bisherigen Besitz- und Betriebsleiterklasse, ohne erst einen fest umrissenen Plan vorzulegen, wie sie denn die Produktion weiterführen wollen. Es gibt eben Leute, die nicht begreifen haben, daß der Sozialismus sinnlos, ja unwirksam wird, wenn durch ihn nur eine Teilung der bisher produzierten Güter herbeigeführt wird: bei einer solchen Teilung kann, namentlich bei der im Krieg so sehr gesunkenen Produktivität, nur allgemeines Elend, nicht allgemeiner Wohlstand die Folge sein. Daß heute „hinten herum“ im Schleichhandel den wohlhabenden Klassen noch vieles zugute kommt, ist gewiß ein bitteres Unrecht am Volke. Aber „fluchen“ tut es nicht, d. h. es kann nicht eine irgend erhebliche Steigerung der Nation der breiten Massen, worauf es doch ankommt, herbeiführen. Um das letztere zu ermöglichen, muß heute, koste es, was es wolle, eine bedeutende Einfuhr aus dem Ausland herbeigeführt werden. Für die Folgezeit das Elend wenden kann aber nur ein volkswirtschaftliches System, das die mögliche Steigerung der Produktion herbeiführt. Es gibt erst etwas Ordentliches zu teilen, wenn vorher etwas Ansehnliches produziert ist, erst produzieren, aber schnellstmögliche Bedienung der Produktion nachdenken, muß daher die Lösung sein.

Der wirtschaftliche Individualismus stellt, das neben seine berufensten Vertreter, die bürgerlichen Nationalökonomien, an dem deutschen Volke in Aussicht, daß es jahrgelohnend an den Krieg- und Finanznöten zu tragen haben werde, vielleicht überhaupt nicht mehr zu dem Wohlstande (der tatsächlich für die überwiegende Masse ein Elend war) gelangen würde, der vor dem Kriege bestand, wo wir drauf und dran gewesen wären, ein Volk von Kommerzienräten zu werden. Das heißt also: die bürgerliche Nationalökonomie weiß keinen, oder nur schlechten Rat. Sie zieht sich auf ihr Klientel zurück.

Was könnte der vernunftgemäße, bestmögliche Sozialismus leisten? Darüber gilt es nachzudenken und zu diskutieren. Schreiber dieses hat seinerseits bereits vorwiegend in Form des Haushaltsplans eines Sozialstaates angesetzt, der natürlich veraltet ist, und gibt in einigen Wochen eine Neubearbeitung heraus, von der er hofft, daß sie am besten der heutigen Lage mehr Beachtung finden wird, da zur Zeit nichts Technischer vorliegt. — Das umfassende Buch von Popper-Denkens über „Die allgemeine Nährpflicht“ (1912 erschienen) ist in seinem grundlegenden wirtschaftstechnischen Teil ganz und gar auf meinen, mittlerweile veralteten Berechnungen aufgebaut. Wortwöchentlich kann ich, daß ich die Durchführung der vollen Sozialisierung der nationalen Produktion in einer Ueberangabe von fünf Jahren für möglich zu erreichen vermute habe: für die Umstellung selbst kann in einem großen Umfange die Privatwirtschaft beibehalten werden. Es verhält sich nichts, landwirtschaftliche und andere Meliorationen zu einem Teil durch das private Unternehmertum ausführen zu lassen, auch die Maschinen können überwiegend in privaten Betrieben hergestellt werden.

Prof. Ehlen hat im „Berl. Tagebl.“ auf die Gefahr hingewiesen, die zur Zeit daraus drohe, daß die mittleren und kleinen Unternehmer, anstatt zu produzieren und den zurückströmenden Massen Felderarbeit und Verdienste zu geben, lieber ihr Geld im Strumpf behielten, weil sie ja doch nicht wüßten, ob sie ihren etwaigen Gewinn behielten. Jede Diskussion über Sozialisierung der Produktion sei daher vom Uebel. Meines Erachtens ist dies nur dann der Fall, wenn man bei der Sozialisierung alles alt konstatieren will. Wird eine Entschädigung zum tatsächlichen Verkehrswerte in Aussicht genommen, so werden Ehlen's Befürchtungen hinfällig.

Sehr wichtig, ja am wichtigsten ist bei einer Sozialisierung die Frage, wie denn in der Landwirtschaft vorgegangen werden soll. Ich kann mich hier dem Verlangen nach weitestgehender innerer Kolonisation, Aufteilung der Latifundien in Kleinbäuerliche Betriebe, nicht anschließen, und zwar weil nicht nur ein Verlust an Arbeitsproduktivität eintreten, sondern auch die landwirtschaftlichen Rohstoffe dabei sinken würden, auf die zu guter Letzt bei der Ernährung der Bevölkerung alles ankommt. Man mag in Gottes Namen einen Teil der Großbetriebe, nämlich die rückständigsten, am extensivsten bewirtschafteten, in Kleinbetriebe aufteilen, alle besseren Großgüter sollte man unbedingt dem Großbetrieb erhalten, dabei aber die Produktion durch weitestgehende Meliorationen, Anwendung von Kunstdünger, Maschinen usw. zu heben suchen. In geeigneten Administratoren findet man Überzeugungs! Es ist die bitterste Klage der Landwirtschaftswissenschaftler, daß ihnen für ihre so wichtigen wissenschaftlichen Experimente keine Großbetriebe, sondern öfters nur Blumentöpfe zur Verfügung stehen.

Der Forderung Wilbrandt's nach gartenstädtischen Fiedelungen stimme ich voll und ganz zu. Diese beanspruchen aber nur einen ganz kleinen Prozentsatz der deutschen landwirtschaftlichen Fläche!

# An die Arbeiter und Angestellten in Heer und Marine!

Der Waffenstillstand ist abgeschlossen und mit der Rückführung der Truppen haben die Entlassungen bereits begonnen. Die Demobilisierung stellt das deutsche Volk vor eine gewaltige Aufgabe. Es gilt für Millionen Anzukommen und Lebensmittel sowie Arbeitslosigkeit zu beschaffen.

Dazu bedarf es der umfassendsten organisatorischen Vorarbeiten. Der gewerbliche Betriebsmechanismus muß von der Kriegs- auf die Friedensarbeit umgestellt werden. Das Transportwesen, die Arbeitsvermittlung, die Fürsorge für Erwerbslose, Kriegsbeseitigte und Kriegshinterbliebene müssen rasch dem Vollkommen werden, so daß sie allen Ansprüchen genügen. Die Arbeitsbeschaffung, die Wohnungsfürsorge für die heimkehrenden Krieger und deren Familien erfordern beschleunigte Lösung.

Die deutschen Gewerkschaften haben sich der Vollregierung für die Demobilisierung und den wirtschaftlichen Wiederaufbau zur Verfügung gestellt. Ihre weitverzweigte Organisation, ihre im Wirtschaft- und öffentlichen Leben geschulten Verwaltungen können vieles zur raschen Ueberführung der Kriegswirtschaft zur Friedenswirtschaft beitragen, sofern ihnen jetzt ohne Verzögern die benötigten Kräfte vom Heeresdienst freigegeben werden. Die Gewerkschaften brauchen diese Kräfte dringend, und sie erwarten von der Einsicht aller Arbeiter und Angestellten in Heer und Marine, daß der sofortigen Entlassung der hier unentbehrlichen Organisatoren in die Heimat keine Schwierigkeiten bereitet werden. Es braucht keiner zu fürchten, daß er zu spät zur Entlassung kommen könnte. Die deutschen Arbeitgeberverbände haben sich den Gewerkschaften gegenüber verträglich verhalten, jeden Arbeiter und Angestellten wieder an seinem vor dem Kriege innegehabten Platz zu beschäftigen!

Redet euch daher sofort nach der Rückkehr in eurem Heimatort bei den Gewerkschaften an, die für eure Rechte eintreten!

Die Gewerkschaften appellieren ferner an euch, dafür zu sorgen, daß die militärische Demobilisierung sich in Ruhe und Ordnung vollzieht. Wartet eure ordnungsmäßige Entlassung ab. Eure Stelle wird euch freigehalten. Jede Auslösung der Disziplin, jede Durchbrechung der geordneten Rückführung gefährdet das Best der Heimat, das auch Wohnung und Brot und Arbeit sichern soll.

Wartet jetzt, daß ihr auch im Soldatenrod Bürger eines freien Volksstaates seid! Sorgt für Ordnung! Im Auftrag der sämtlichen gewerkschaftlichen Organisationen und Angestelltenverbände:

- Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, gez.: E. Legien.
- Gesamtvorstand der christlichen Gewerkschaften, gez.: A. Stegerwald.
- Verband der deutschen Gewerksvereine (G.D.), gez.: G. Hartmann.
- Arbeitsgemeinschaft für die kaufmännischen Verbände, gez.: A. Reich.
- Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, gez.: S. Ruffner.
- Arbeitsgemeinschaft der technischen Verbände, gez.: Dr. Höfle.

## Ein Aufruf.

Vom Bunde „Neues Vaterland“ geht und folgender Aufruf aus: Hört uns Frauen aller Länder! Erlebt von der furchtbaren Last des Krieges, erlöst vom Joch des reaktionären Vorkriegentums, jubelt ihr der großen deutschen Revolution zu.

Aber schon reden unheilvolle Schatten sich vor uns auf und drohen alles zu zerstören. Die Waffenstillstandsbedingungen, die eure siegreichen Regierungen mit dem kaiserlichen Deutschland abgeschlossen haben, sind hart und schwer. Das kaiserliche Deutschland ist nicht mehr, und den völlig veränderten Verhältnissen Rechnung tragend, sind die Waffenstillstandsbedingungen gemildert worden. Es wäre grauam und unwürdig jeder Nation, die sich den Sieg des Geistes über die brutale Gewalt zum Ziel gesetzt hat, die unschuldigen Opfer eines verrotteten Systems bestrafen zu wollen.

An euch, ihr Frauen, ist es, aufzustehen und die Fackel der Empörung zu schleudern gegen jede Macht, die versuchen will, den Krieg über den Krieg hinaus dauern zu lassen, den Sieg der Menschlichkeit zu verhindern, die brutale Gewalt zum Ziel gesetzt hat, die unschuldigen Opfer eines verrotteten Systems bestrafen zu wollen.

Dublet nicht, daß der Geist des Militarismus, der so furchtbare Arbeit über uns gebracht hat, eure siegreichen Heere verbrennt, daß Güte und Menschlichkeit Maßstab aller Dinge sein und predigt nur einen Haß, den Haß gegen den Krieg. Macht euch nicht zum Mitschuldigen! Helft eine neue Welt aufbauen. Die Fahne der Freiheit, die über die Welt flattert, sie sei die Fahne der Menschheitsverbrüderung. In diesem Sinne, Schwestern, rufen wir euch!

Die Frauen des Bundes „Neues Vaterland.“

## Neue Anordnungen.

### Aufforderung zur Adressenmeldung.

Alle diejenigen Genossen, welche im Auftrage des Volksgewaltens eine wie immer geartete Ueberwachungsstätigkeit bei Behörden (Militär- und Zivilbehörden), militärischen Formationen usw. ausüben, werden aufgefordert, ihre neuen Adressen bis zum 21. d. M. an die Zentral-Ueberwachungsstelle des Volksgewaltens, Zimmer 80 (Abgesandtenhaus), aufzugeben unter Beifügung einer Kopie ihrer Vollmacht.

Die Genossen wollen sich abdem am 22. d. M. zu einer Besprechung im Sitzungssaal des Herrenhauses um 10 Uhr vormittags einfinden. Die Vollmachten gelten als Legitimation zum Eintritt.

Genossen, die nicht erscheinen können, können bei Ausstellung der erforderlichen neuen Ausweise nicht berücksichtigt werden und scheiden somit aus ihren bisherigen Funktionen aus.

### Verammlung der Funktionäre der Soldatenräte der Berliner Truppen.

Die Soldatenräte der Groß-Berliner Truppen und Dienststellen berufen für Donnerstag, den 21. November, nachm. 5 Uhr eine Sitzung im Reichstag (Großer Sitzungssaal) ein. Erster Punkt der aufzustellenden Tagesordnung ist der Antrag des Soldatenrates A. Bich: Wahl eines fünfgliedrigen Vorstandes oder Ausschusses. Dieser Ausschuss soll das Vindoglieb zwischen Volksgewalt des Arbeiter- und Soldatenrates und den Soldatenräten der Groß-Berliner Truppen sein.

Vorantworflicher Redakteur: Dr. E. Westphale, Berlin-Wilmersdorf, Druck der Lindenbrücker- und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.